

Militär-geschichte

Zeitschrift für historische Bildung

Heft 2/2023

Der Hitlerputsch

Nationalsozialisten auf dem Vormarsch

Krieg ohne Ende?

Der lange Weg zum Westfälischen Frieden 1648

175 Jahre Marine

Die deutsche Flotte 1848–1853

Krisenjahr 1923

Demokratie in Gefahr!



ZMS BW

Zentrum für Militärgeschichte
und Sozialwissenschaften der
Bundeswehr



www.marinemuseum.de



Deutsches
Marinemuseum
Wilhelmshaven

DAZWISCHEN.

Zur Lebensrealität Wilhelmshavener
Marinesoldatinnen und -soldaten

Kunstinstallationen
von Tina Asche

25. Juni bis 19. November 2023

Stiftung Deutsches Marinemuseum
Südstrand 125 • 26382 Wilhelmshaven
Tel: 04421-4 00 840 • info@marinemuseum.de
Öffnungszeiten: April bis Oktober täglich 10.00 bis 18.00 Uhr
November bis März täglich 10.00 bis 17.00 Uhr

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in den letzten Jahren werden in öffentlichen Diskussionen hin und wieder Vergleiche zwischen den unruhigen innenpolitischen Verhältnissen während der Weimarer Republik und der heutigen Bundesrepublik bemüht. In der Tat sind gewisse Parallelen nicht zu leugnen: eine politisch polarisierte Gesellschaft und eine latente, ja sogar teilweise offene Gefahr für die Demokratie durch die politischen Extreme von links und rechts. Gewiss, die Unterschiede zu damals mögen überwiegen. So war die Gewaltbereitschaft – insbesondere unter den oftmals traumatisierten Weltkriegsteilnehmern – ungleich höher als heute und große Teile der Gesellschaft waren damals aufgrund der wirtschaftlich verheerenden Lage in ihrer Existenz bedroht. Das zeigen auch die Beiträge dieses Hefts zum Krisenjahr 1923 und zum Hitlerputsch. Es bleibt festzuhalten, dass das Funktionieren einer Demokratie kein Selbstläufer ist, sondern dass es einer wehrhaften politischen Mitte zum Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bedarf.

Außen- und sicherheitspolitisch richtet sich unser Blick heute seit nunmehr über einem Jahr auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Politiker wie Öffentlichkeit fragen sich, wie dieser beendet werden kann. Historisch betrachtet endeten Kriege fast immer in einem politischen Kompromiss, was in der Ukraine jedoch momentan als nicht wahrscheinlich gilt. Wie lange der Weg aus einem Krieg dauern kann, zeigt der Artikel über den Westfälischen Frieden 1648.

Verteidigungspolitisch denken wir beim Ukraine-Krieg an den Begriff der »Zeitenwende«, den Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Ansprache am 27. Februar 2022 vor dem Bundestag verwendete. Es gehört zu den steten Herausforderungen des Militärs, sich geänderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen möglichst schnell anzupassen. Vor dieser Situation stand 1848 auch die im Zuge der Versammlung in der Frankfurter Paulskirche neu aufgestellte, dem demokratisch verfassten Staatswesen verpflichtete deutsche Flotte. Ihre nur wenige Jahre dauernde Existenz beschreibt ein weiterer Artikel dieses Hefts.

Halten wir fest: Keine noch so tiefe Analyse der Geschichte bietet Patentrezepte, um aus der Vergangenheit für die Gegenwart zu lernen. Dazu sind die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im Damals und Heute stets zu verschieden. Gleichwohl bietet uns ein profundes Wissen der Geschichte Anknüpfungspunkte für ein besseres Verständnis derzeitiger Entwicklungen. In diesem Sinne bieten die Artikel in dieser Ausgabe der **Militär-geschichte** den Leserinnen und Lesern wieder genug »food for thought«.



Marcus Ellermann
Brigadegeneral und Unterabteilungsleiter FüSK III

Militärsgeschichte | Zeitschrift für historische Bildung



6

Schwarzes Gold: Ein französischer Soldat überwacht den Abtransport deutscher Kohle nach Frankreich.



30

Erste deutsche Flotte: Schiffe der Reichsflotte 1850 vor Bremerhaven.



16

Hitlerputsch 1923: Straßensperren in München, dahinter Heinrich Himmler mit Reichskriegsflagge (4.v.l.).



22

Ort des Friedens: Unter anderem im Rathaus von Münster wurde 1648 der Dreißigjährige Krieg beendet.



20

»Blutige Ernte«: Das Schlachtfeld von Gettysburg, 1863.



ap/dpa/picture alliance/Süddeutsche Zeitung Photo

Steine gegen Panzer:
Am 17. Juni 1953 demonstrierten
in der DDR Tausende für bessere
Lebensbedingungen und freie
Wahlen. Die Proteste wurden auch
mit schwerem sowjetischem mili-
tärischem Gerät niedergeschlagen.

14

Inhalt 2/2023

- 6 **WEIMARER REPUBLIK**
Das Krisenjahr 1923
Republik am Abgrund
- 14 **IM BLICKPUNKT**
Der 17. Juni 1953
Aufstand für die Freiheit
- 16 **WEIMARER REPUBLIK**
Der Hitlerputsch 1923
Hitlers erster Griff nach der Macht
- 20 **MILITÄRGESCHICHTE IM BILD**
Gettysburg 1863
- 22 **FRÜHE NEUZEIT**
30 Jahre Krieg
Der lange Weg zum Westfälischen Frieden 1648
- 28 **GESCHICHTE KOMPAKT**
Tod Alexanders des Großen | 323 v.Chr.
Der Fall Konstantinopels | 1453
Bücherverbrennung | 1933
Tankerkrieg | 1984–1988
- 30 **MARINEGESCHICHTE**
Ein Kind der Revolution
Die erste deutsche Marine von 1848
- 34 **SERVICE**
Bücher | Medien
Ausstellungen | Der besondere Tipp
Impressum

Das Krisenjahr 1923

Republik am Abgrund

Vier Jahre nach Ausrufung der Republik stand die erste parlamentarische Demokratie Deutschlands kurz vor ihrem Scheitern. Aufstände und Unruhen erschütterten das Land – ein Bürgerkrieg drohte. Die Staatskrise entlud sich mit voller Wucht zum Ende des Jahres. Es folgte eine Phase der relativen Stabilität in der Weimarer Republik.

Von Pierre Köckert und Dennis Werberg

Am 11. Januar 1923 setzten sich französische und belgische Militärkolonnen in Richtung Osten in Bewegung. Von Düsseldorf und Duisburg aus, die als erste Sanktionsmaßnahme bereits besetzt worden waren, marschierten fünf französische und eine belgische Division – insgesamt 60 000 Soldaten mit Kavallerie und Artillerie, mit Panzern und Kampfflugzeugen – in das Ruhrgebiet ein. Der parteilose deutsche Reichskanzler Wilhelm Cuno protestierte und rief die Bevölkerung an der Ruhr – eine Initiative von Großindustriellen aufgreifend – zum »passiven Widerstand« auf. Um diesen zu ermöglichen, übernahm die liberal-konservative Reichsregierung die Auszahlung der Arbeitslöhne, gewährte den Unternehmern Kredite und ließ hierzu in großen Mengen Geld drucken. Die deutsche Währung, die durch die enormen finanziellen Lasten des verlorenen Welt-



Einmarsch in Formation:
Französische Soldaten
besetzen das Ruhrgebiet
im Januar 1923.

krieges bereits unter Druck stand, erfuhr eine massive Entwertung, die in der Hyperinflation 1923 ihren Höhepunkt erreichte. Es drohte eine Verschärfung der Hungersnot. Viele Landwirte begannen, ihre Erzeugnisse zu horten, um diese erst nach Stabilisierung der Währung zu verkaufen. Die Kaufkraft der Deutschen sank rapide. Streiks, Plünderungen und Unruhen mehrten sich und wurden durch extremistische Parteien instrumentalisiert. Dies führte zu einer Zuspitzung der innenpolitischen Lage und zu einer Eskalation der Gewalt. Es drohte ein Bürgerkrieg – der Ausnahmezustand wurde ausgerufen. Zum Ende des Jahres sah sich die Regierung gezwungen, das letzte zur Verfügung stehende Mittel zur Wiederherstellung der Staatsautorität im Inneren einzusetzen: die Reichswehr. Durch die innenpolitischen Krisen, gepaart mit der Gefahr weiterer Besetzungen, standen die nationale Sicherheit

und die territoriale Integrität Deutschlands im Jahre 1923 auf tönernen Füßen.

Besetzung des Ruhrgebietes und Ruhrkampf

Anlass für die Besetzung des Ruhrgebiets war ein Rückstand bei der Lieferung von Holz und Kohle als Reparationsleistungen gemäß des Versailler Vertrages. Die ins Ruhrgebiet einmarschierenden Truppen sollten die Kontrolle über die Kohlevorkommen gewinnen und sicherstellen, dass Deutschland seinen Lieferverpflichtungen nachkam. Nach der Zerstörung wichtiger Industrieanlagen im Weltkrieg war Frankreich von den erzwungenen Kohlelieferungen aus Deutschland abhängig.

Ein weiteres Motiv war ein machtpolitisches: Durch die Besetzung des bedeutendsten deutschen Industriezentrums und durch die Abspaltung des ebenfalls

besetzten Rheinlandes vom Reich sollte der »Erbfeind« nachhaltig geschwächt werden. Der französischen Regierung unter Ministerpräsident Raymond Poincaré schien ein solcher Schritt vor allem geboten, da Deutschland durch den Abschluss des Vertrages von Rapallo im April 1922 wieder als eigenständiger Akteur auf der internationalen Bühne aufgetreten war und sich Sowjetrußland angenähert hatte. Hierdurch sah Frankreich seine politischen Interessen bedroht und wollte seine Vormachtstellung auf dem europäischen Kontinent ausbauen. Der Vormarsch traf auf keinerlei Widerstand und in den folgenden Wochen wurden die Besatzungstruppen noch verstärkt. Schließlich zählten sie rund 100 000 Soldaten. In Berlin wuchsen gleichzeitig Befürchtungen, dass Polen die Situation ausnutzen würde, um deutsches Staatsgebiet in Ostpreußen und Oberschlesien zu besetzen.

Der ausgerufen »passive Widerstand« im Ruhrgebiet bedeutete nun, dass die deutsche Bevölkerung den Anweisungen der französisch-belgischen Besatzungstruppen keine Folge leisten und die Arbeit niederlegen sollte, um es den Besatzern so zu erschweren, die Industrieanlagen zu nutzen sowie Kohle abzutransportieren. Dieser »passive Widerstand« wurde jedoch von Anfang an durch eine aktive, bewaffnete Gegenwehr begleitet, die im Geheimen von der Reichsregierung unterstützt wurde.

Die Regierung nahm die nationalistische Welle, die insbesondere durch die Presse der politischen Rechten bereits ausgelöst worden war, auf. So gelang es, den Kriegsnationalismus des Jahres 1914 wieder zu beleben und damit die Abwehrhaltung gegen die Besetzung zu nähren. Es waren sowohl politisch rechtsstehende Gruppierungen als auch Kräfte der politischen Linken, die sich am aktiven Widerstand beteiligten, jedoch ohne dabei eine »Einheitsfront« zu bilden. Angehörige der »Schwarzen Reichswehr« wie der ehemalige Freikorpsführer und Nationalsozialist Heinz Oskar Hauenstein oder Albert Leo Schlageter und andere rechtsradikale, republikfeindliche Aktivisten verübten allein im März 86 Anschläge auf Eisen-





Aufruf zum Widerstand: Plakate wie dieses sollten die deutsche Bevölkerung gegen die Franzosen aufbringen.

bahnlinien, welche die französischen Truppen zum Abtransport von Rohstoffen nutzten. Sie wurden bei ihren Sabotageaktionen verdeckt seitens der Regierung unterstützt.

Reichswehr und Ruhrkrise

In der zum Jahreswechsel 1920/21 gebildeten Reichswehr löste die Ruhrbesetzung große Unruhe aus. Gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages zählte das Reichsheer gerade einmal 100 000, die Reichsmarine nur 15 000 Soldaten. Die Bildung von Reserven war verboten. So waren die deutschen Streitkräfte im Zeitalter der Millionen-

heere kaum dazu in der Lage, die zentrale Aufgabe der Landesverteidigung zu übernehmen. Das Heer war dementsprechend, so der Vertragstext, »nur für die Erhaltung der Ordnung innerhalb des deutschen Gebietes und zur Grenzpolizei bestimmt.« Außerdem waren der Reichswehr die Herstellung und der Besitz von moderner Militärtechnik wie gepanzerten Kampffahrzeugen und schweren Artilleriegeschützen untersagt.

Durch die Demilitarisierung der an Frankreich angrenzenden deutschen Gebiete wurden die Möglichkeiten der Reichswehr weiter eingeschränkt. Ein militärisches Eingreifen war nicht möglich, ohne einen neuen Krieg zu riskie-

ren, den Deutschland nicht gewinnen konnte. Doch gingen die Überlegungen der Reichswehrführung noch weiter: Konnte einem befürchteten Vormarsch der französischen Truppen weiter ins Landesinnere mit den begrenzten Mitteln überhaupt wirksam begegnet werden? Das Ergebnis einer Prüfung durch das Reichswehrministerium war ernüchternd: Man hatte einer möglichen französisch-belgischen Offensive nichts entgegenzusetzen. Das Heereswaffenamt ermittelte, dass die zur Verfügung stehenden Patronen und Artilleriegeschosse für einen neuen Krieg vollkommen unzureichend seien. Die Konzeption des Chefs der Heeresleitung, General Hans von Seeckt, die Reichswehr als ein kleines, hoch bewegliches und offensiv geführtes Heer einzusetzen, erwies sich als ungeeignet, um auf diese Bedrohung zu reagieren. Studien wurden in Auftrag gegeben, um zu prüfen, wie das Reichsheer von zehn auf 21 Divisionen mit 300 000 Soldaten verstärkt werden könnte und welche verdeckten Vorarbeiten hierfür zu treffen wären. Im Truppenamt, in dem der verbotene Große Generalstab in verdeckter Form fortbestand, wurden weitere Überlegungen zu einem Waffengang angestellt. Der Chef der Operationsabteilung, Oberstleutnant Joachim von Stülpnagel, forderte die Vorbereitung auf einen Volkskrieg und die verdeckte Ausbildung von Zivilisten im Guerillakampf. Derartige Planungen erfuhren sogar Unterstützung aus höchsten Regierungskreisen.

Illegale Reserveformationen der Reichswehr warben Freiwillige an. Der bereits im Verborgenen bestehende »Feldjägersdienst« wurde weiter ausgebaut. Die »Feldjäger« sollten im Falle eines Krieges hinter den feindlichen Linien operieren und durch gezielte Zerstörung der Infrastruktur und chemische Vergiftung von ganzen Geländeabschnitten das Vorrücken des Gegners verzögern. Das Truppenamt rechnete mit einem Verlust von 75 Prozent der Infrastruktur im Kampfgebiet – eine Art Politik der verbrannten Erde hinter den gegnerischen Linien. Zudem gab es Planungen, diese illegale Organisation als

Terrorwaffe gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen. Ihr wäre die Aufgabe zugefallen, potenzielle Unterstützer des Feindes im eigenen Land planmäßig zu exekutieren. Todeslisten kursierten.

Extremisten auf dem Vormarsch

Um es der Regierung Cuno zu ermöglichen, schneller auf die besonderen Herausforderungen der Krise zu reagieren, verabschiedete der Reichstag im Februar 1923 ein »Notgesetz«. Durch dieses Gesetz gingen außerordentliche Vollmachten auf die Regierung über und das Parlament schaltete sich als Gesetzgeber weitgehend selbst aus.

Unter den Sozialdemokraten und Kommunisten in der Opposition verbreitete sich die Furcht vor einem Staatsstreich durch die politische Rechte. Entscheidend war jedoch die politische Lage in Bayern: Dort hatten sich bereits 1919 rechte, republikfeindliche Kräfte formiert. 1920 war im Zuge des Kapp-

Lüttwitz-Putsches mithilfe der dort stationierten Reichswehr eine rechtsnationale Landesregierung installiert worden. In der Folge war die »Ordnungszelle Bayern« zu einem »Eldorado« des Rechtsextremismus und verschiedener paramilitärischer Gruppierungen geworden. Deren Ziel war nicht etwa eine Abspaltung vom Reich, sondern die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie und die Errichtung einer Diktatur in ganz Deutschland.

Nachdem die Landtagswahlen in Sachsen eine Mehrheit für SPD und KPD ergeben hatten, entschied sich die sächsische SPD gegen den Widerstand der Berliner Parteispitze, am 4. März 1923 in Koalitionsverhandlungen mit der KPD zu treten. In einem gemeinsamen Vier-Punkte-Programm einigten sich die beiden Parteien auf die Bildung eigener paramilitärischer Abwehrorganisationen, die »proletarischen Hundertschaften«, die für den Fall eines Rechtsputsches als republikanische Not-

wehren zum Einsatz kommen sollten. Ähnliche Absprachen wurden zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen getroffen. Diese Bestrebungen waren, ebenso wie die Bildung paramilitärischer Strukturen der politischen Rechten, illegal und untergruben das staatliche Gewaltmonopol. Parallel plante das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale mit Unterstützung der KPD sowie der Sowjetunion, die deutsche Staatskrise auszunutzen und einen revolutionären Umsturz, den »Deutschen Oktober«, einzuleiten. Hierbei sollten die »proletarischen Hundertschaften« den bewaffneten Arm bilden.

Die innenpolitische Lage verschärfte sich weiter, nachdem Cuno infolge der krisenhaften Entwicklung am 12. August als Reichskanzler zurückgetreten war und der rechtsliberale Gustav Stresemann eine neue Regierung unter Einbeziehung der SPD bildete. Durch das »Ermächtigungsgesetz« vom 13. Okto-



Ausbildung im Feld: Der Chef der Heeresleitung Hans von Seeckt (vorn Mitte) und der Chef der Operationsabteilung Joachim von Stülpnagel (links daneben) während eines Manövers der 5. Division in Thüringen im Gelände, circa 1925.

ber wurden auch ihr Sondervollmachten übertragen. Zwar konnte dadurch die Arbeiterschaft beruhigt werden, doch wuchs nun innerhalb des rechten Lagers die Befürchtung eines Staatsstreiches der politischen Linken, der sich in der Bildung ihrer paramilitärischen Verbände in Sachsen und Thüringen anzudeuten schien.

Nachdem Stresemann am 26. September den Abbruch des »passiven Widerstands« im Ruhrgebiet verkündet hatte, beabsichtigten Extremisten auf beiden

Seiten, die als zweite Kapitulation wahrgenommene Erklärung für ein Vorgehen gegen die Republik zu nutzen. Umsturzversuche sowohl von links als auch von rechts standen zu befürchten. Noch am Tag von Stresemanns Erklärung rief die bayerische Regierung dort den Ausnahmezustand aus. Die vollziehende Gewalt ging auf den oberbayerischen Regierungspräsidenten Gustav Ritter von Kahr über, der von den in Bayern aktiven Wehrverbänden der nationalen Rechten unterstützt wurde. Ebenfalls am 26. Sep-

tember 1923 veranlasste Kahr, der nun als Generalstaatskommissar amtierte, die Aufstellung von paramilitärischen Verbänden an den Landesgrenzen zu Sachsen und Thüringen. Auf beiden Seiten der Grenze standen sich damit Deutsche kampfbereit gegenüber.

Ausnahmezustand und drohende Militärdiktatur

Noch in der Nacht auf den 27. September reagierte die Reichsregierung auf den Vorstoß in Bayern und verhängte den reichsweiten Ausnahmezustand zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Die von Reichspräsident Friedrich Ebert unterzeichnete Notverordnung setzte eine Reihe von Grundrechten außer Kraft und belegte Delikte wie Landesverrat, Brandstiftung, Sprengstoffanschläge und Beschädigung von Eisenbahnanlagen mit der Todesstrafe. Die vollziehende Gewalt wurde auf den Reichswehrminister, den nationalliberalen Otto Geßler, übertragen. Diese konnte er auf die Befehlshaber der sieben Wehrkreise delegieren, die zugleich die Kommandeure der sieben Infanterie-Divisionen des Reichsheeres waren.

Dies schloss auch den Wehrkreisbefehlshaber VII in Bayern, Generalleutnant Otto Hermann von Lossow, ein. Es kam zu einer machtpolitischen Kraftprobe zwischen Berlin und München. So forderte der Reichswehrminister den Generalstaatskommissar Kahr auf, ein Verbot des »Völkischen Beobachters« – des Parteiblatts der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) – für Bayern zu erwirken. Bereits kurz nach der Besetzung des Ruhrgebietes hatte Adolf Hitler in einer Rede zum Kampf aufgerufen, jedoch nicht gegen die französischen und belgischen Truppen, sondern gegen die Reichsregierung. Ein Artikel des »Völkischen Beobachters« im September diffamierte sowohl Stresemann als auch Seeckt als Diktatoren und richtete heftige antisemitische Angriffe gegen sie. Kahr weigerte sich jedoch, das Verbot umzusetzen. Zu sehr war er mit seinen eigenen Plänen von der Unterstützung der extre-



Radikalisierung: Die Parteien der politischen Extreme führen 1923 eine harte Propagandaschlacht. Hier ein Plakat der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD).

Gegenspieler im Krisenjahr:
Reichswehrminister Otto Karl
Geßler und der Befehlshaber im
Wehrkreis VII (Bayern) Gene-
ralleutnant Otto Hermann von
Lossow.



BAArch, Bild 146-19268-100-04A



picture alliance/ullstein bild/Robert Semmcke

men Rechten abhängig. Als Lossow es ebenfalls ablehnte, das Verbot auch gegen den Willen Kahrs zu vollstrecken, hatte der Konflikt eine neue Eskalationsstufe erreicht.

Am 20. Oktober entthob Geßler Lossow seines Amtes und zog damit – mit einiger Verspätung – die Konsequenz aus dieser Gehorsamsverweigerung. Kahr reagierte noch am selben Tag und unterstellte die 7. Reichswehrdivision der bayerischen Staatsregierung. Auch mehrere Versuche des Chefs der Heeresleitung, die Reichswehr in Bayern wieder unter Kontrolle zu bringen, scheiterten. Die Frage einer militärischen Intervention stand im Raum.

Doch war nicht zu erwarten, dass die Reichswehr tatsächlich gegen Bayern marschieren würde, um dem Willen der Reichsregierung Geltung zu verschaffen. Schlussendlich hätten bei einem Einsatz gegen den Freistaat deutsche Soldaten auf deutsche Soldaten schießen müssen. Darüber hinaus argumentierte Geßler, dass die Stärke des Reichsheeres nicht ausreichen würde, um den durch rechte Paramilitärs verstärkten Verbänden in Bayern entgegentreten zu können. Ziel Seeckts war es jedoch, die Einheit des Heeres für die Zukunft zu sichern und als einsatzfähiges Instrument in der Hand zu behalten. Zudem wurde die Ge-

fahr, die von den kommunistischen Kampforganisationen in Sachsen für die Republik ausging, höher eingeschätzt als die Bedrohung von rechts. Hätten sich die Streitkräfte im Oktober 1923 einem Marschbefehl gegen Bayern verweigert, wäre die Schwäche der Regierung gnadenlos offengelegt worden. So waren ihre Möglichkeiten, den Freistaat zum Gehorsam zu zwingen, von Anfang an stark eingeschränkt.

Dies bedeutete jedoch nicht, dass die Reichswehr bei jedem Putschversuch von rechts die Hände in den Schoss legte. Wenige Tage nach der Beendigung des passiven Widerstandes versuchten Einheiten der »Schwarzen Reichswehr«, einen Putsch gegen die Regierung einzuleiten. Im Wehrkreis III, dem Raum Berlin-Brandenburg-Schlesien, hatte Major a.D. Bruno Ernst Buchrucker mit Wissen und Willen der politischen Führung rund 18 000 »Zeitfreiwillige« angeworben. Diese waren in Garnisonen der Reichswehr, auf Truppenübungsplätzen und Landgütern zusammengezogen, uniformiert, bewaffnet und militärisch ausgebildet worden. Im Zuge des Ausbaus dieser Formationen seit der Ruhrbesetzung war der Einfluss radikal-nationalistischer und auch republikfeindlicher Kräfte immer größer geworden. Mit deren Hilfe versuchte Buchrucker am 1. Ok-

tober 1923, die Festung Küstrin (heute Kostrzyn in Polen) unter seine Kontrolle zu bringen. Dies sollte als ein Fanal für die rechten Paramilitärs wirken, die Macht im Staate zu übernehmen. Noch bevor das Küstriner Unternehmen Schwung aufnehmen konnte, scheiterte der Putsch an der schnellen Reaktion der regulären Reichswehrverbände. Wenige Wochen später sollte die Reichswehr in Mitteldeutschland im weitaus größeren Umfang zum Einsatz kommen.

Einsatz der Reichswehr im Innern

Im Oktober und November nutzte der Reichswehrminister die ihm übertragenen Vollmachten, um einen befürchteten, von Sachsen und Thüringen ausgehenden Staatsstreich im Keim zu ersticken. Bereits am 10. Oktober hatte das sächsische sozialdemokratische Minderheitskabinett eine Koalition mit der KPD gebildet. Kurz darauf waren Kommunisten auch in die Landesregierung von Thüringen eingetreten. Die Reichsregierung betrachtete diesen Schritt als Maßnahme zur Vorbereitung eines bewaffneten, von der Sowjetunion gesteuerten Aufstandes. Anders als gegen Bayern bestanden beim Einsatz der Reichswehr gegen die linksgerichteten Landesregierungen keine Bedenken.

Am 13. Oktober forderte der Befehlshaber des Wehrkreises IV, Generalleutnant Alfred Müller, den sächsischen Ministerpräsidenten Erich Zeigner (SPD) auf, die »proletarischen Hundertschaften« in Sachsen aufzulösen. Drei Tage später teilte Müller Zeigner nach Rücksprache mit Geßler mit, dass er die sächsische Landespolizei unmittelbar dem Befehl des Wehrkreiskommandos unterstellt hatte. Damit wurde der sächsischen Regierung ihr einziges zur Verfügung stehendes Machtinstrument entzogen. Da sich Zeigner jedoch weiterhin weigerte, den Forderungen nachzukommen, und der sächsische Finanzminister Paul Böttcher (KPD) gar zur Bewaffnung der Bevölkerung aufrief, rückten ab dem 21. Oktober Reichswehreinheiten in Sachsen ein.

In größeren Städten, aber auch in ländlichen Regionen kam es zu Schießereien. In Freiberg eröffneten Soldaten das Feuer auf einen Zug Demonstranten, der sich trotz der Aufforderungen eines Offiziers nicht aufgelöst hatte. Beim Einsatz in Sachsen wurden mehr als 30 Zivilisten getötet und weit mehr als 100 Personen verletzt. Vier Reichswehrsoldaten wurden verwundet. Nachdem sich die sächsische Landesregierung noch immer weigerte zurückzutreten, folgte am 29. Oktober die

»Sachsen ist mit Reichswehr überschwemmt; in zahllosen Trupps von 6–8 Mann patrouilliert schwerbewaffnetes, von Württemberg und Mecklenburg eingerücktes Militär durch die Straßen.«

Tagebuch von Thea Sternheim, deutsche Autorin, Dresden

»Reichsexekution«, das gewaltsame Eingreifen des Militärs im Auftrag des Reichspräsidenten auf Grundlage der Reichsverfassung. Am frühen Nachmittag marschierten Reichswehreinheiten mit klingendem Spiel vor den sächsischen Ministerien in Dresden auf und entfernten die Minister aus ihren Amtsräumen. Ein Reichskommissar für Sach-

sen wurde eingesetzt. Tags darauf trat Zeigner als Ministerpräsident zurück. Es wurden Neuwahlen abgehalten und ein neues Kabinett gebildet, dem nun kein KPD-Politiker mehr angehörte. Nachdem die Reichsregierung der thüringischen Landesregierung ebenfalls die Exekutivgewalt entzogen hatte, rückte die Reichswehr auch in Mittel- und Ostthüringen ein und erzwang die Auflösung der »proletarischen Hundertschaften«. Am 12. November kündigte die SPD die Koalition mit der KPD in Thüringen auf. Die beiden kommunistischen Minister traten zurück. Zu einer befürchteten, von Moskau gesteuerten Erhebung kam es nicht. Allein in Hamburg griffen einige hundert Aufständische zu den Waffen. Vom 23. bis 25. Oktober lieferten sich diese einen aussichtslosen Kampf gegen die Hamburger Polizei. 24 Kommunisten, 17 Polizisten und mindestens 62 Unbeteiligte kamen ums Leben.

Höhepunkt und Ende der Krise

Da die Reichsregierung entschlossen gegen Sachsen und Thüringen vorging, während die bayerische Landesregierung unbehelligt blieb, sah sich die SPD zum Austritt aus der Großen Koalition gezwungen. Damit war die erste



Bürgerkrieg in Sachsen: Soldaten der Reichswehr sichern mit aufgepflanztem Bajonett die Straßen von Freiberg vor kommunistischen Aufständischen.

Einsatz im Inneren: Eine Kompanie der Reichswehr auf dem Weg zum sächsischen Landtag, der am 29. Oktober 1923 vom Militär aufgelöst wird.



picture alliance/ulstein bild | Robert Seimcke

Regierung Stresemann gescheitert. Die Sondervollmachten, die der Regierung durch das »Ermächtigungsgesetz« übertragen worden waren, gingen verloren. Ein Machtvakuum entstand.

In dieser Lage sah Seeckt seine Stunde gekommen: Bereits im Spätsommer 1923 war er in den Fokus der Pläne von Vertretern der Großindustrie, der Landwirtschaft, der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und anderer, rechtsextremistischer Gruppierungen gerückt. Diese sahen vor, im Falle eines kommunistischen Umsturzversuches ein diktatorisches Direktorium zu bilden, dem Seeckt angehören und welches die demokratisch legitimierte Regierung ersetzen sollte. Im September hatte Seeckt sogar ein eigenes Regierungsprogramm für seine Zeit als »Notstandskanzler« entworfen. Doch die befürchtete Erhebung blieb aus. Reichspräsident Ebert hielt an Reichskanzler Stresemann fest und beauftragte ihn erneut mit der Kabinettsbildung. Am 9. November 1923 erreichte die innenpolitische Krise ihren Höhepunkt. In München riefen Hitler und seine Unterstützer zum Sturz der Regierung auf (siehe den Beitrag zum »Hitlerputsch« auf Seite 16–19). In dieser Lage übertrug Ebert die Exekutivge-

walt im Reich auf Seeckt. Dies erschien als letzter Ausweg, auch die bayerischen Einheiten der Reichswehr gegen die Putschisten in Stellung zu bringen. Deren Eingreifen war jedoch nicht notwendig. Der »Marsch nach Berlin« scheiterte schon an der Münchener Feldherrenhalle – nicht durch den Einsatz deutscher Soldaten, sondern an einem Aufgebot bayerischer Landespolizisten. Am 23. November erließ Seeckt reichsweit Verbote sowohl gegen die NSDAP als auch gegen die KPD. Zu einer dauerhaften Militärdiktatur kam es jedoch nicht. Seeckts Machtfülle blieb von der Zustimmung des Reichspräsidenten abhängig – und dieser stand fest hinter der Regierung. Nach Beruhigung der innenpolitischen Lage bat Seeckt am 13. Februar 1924 darum, den militärischen Ausnahmezustand zu beenden. Die ihm übertragenen Vollmachten gab er ab.

Im November waren der Höhepunkt, aber auch der Endpunkt des Krisenjahres 1923 erreicht. Die Gefahr eines Staatsstreiches von links wie von rechts war beseitigt und Hitler wenige Tage nach dem kläglichen Scheitern seines Putschversuches verhaftet worden. Die durch die Regierung angestoßene Währungsreform läutete ein Ende der Hyperinflation

ein. Kriminalität und politisch motivierte Gewalttaten nahmen ab. Auch außenpolitisch trat durch Verhandlungen, insbesondere mit Frankreich, eine allmähliche Entspannung ein. Die Folge war eine relative Stabilisierung der Weimarer Republik. Sie hatte in der größten Krise ihrer bisherigen Geschichte all ihren Feinden getrotzt. Die strukturellen Probleme, die zu der Krise geführt hatten, blieben jedoch ungelöst. Die Militanz der radikalen Republikgegner blieb über 1923 hinweg als gefährliche Unterströmung in der deutschen Gesellschaft erhalten und sollte sich mit Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 gewaltsam Bahn brechen.

Hauptmann Pierre Köckert M.A. und Major Dr. Dennis Werberg sind wissenschaftliche Mitarbeiter im Forschungsbereich »Militärsgeschichte bis 1945« am ZMSBw.

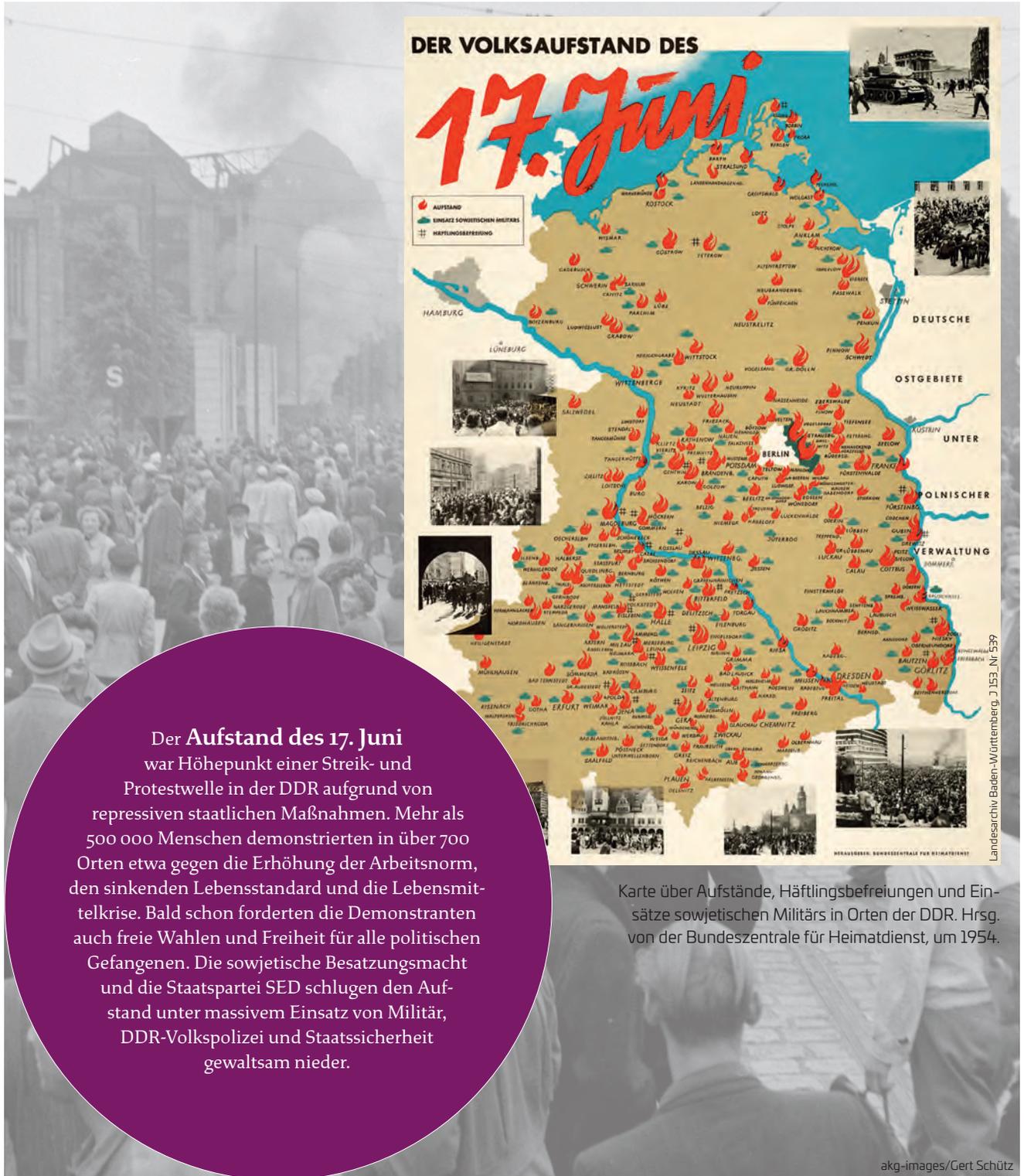
Literaturtipps

Volker Ullrich, *Deutschland 1923. Das Jahr am Abgrund*, München 2022.

Peter Longerich, *Außer Kontrolle. Deutschland 1923*, Wien 2022.

Der Aufstand vom 17. Juni 1953

Zusammengestellt von Klaus Storkmann

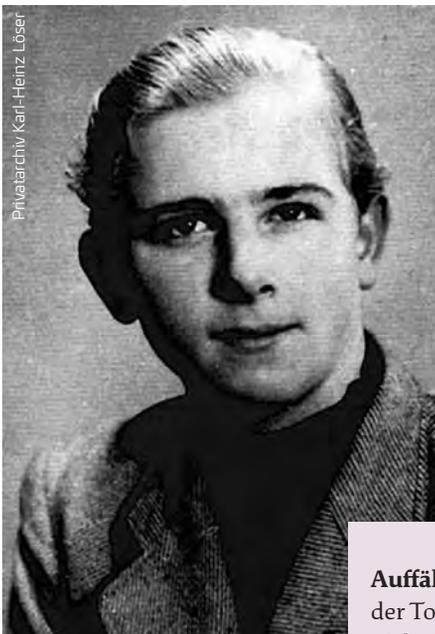


Der **Aufstand des 17. Juni** war Höhepunkt einer Streik- und Protestwelle in der DDR aufgrund von repressiven staatlichen Maßnahmen. Mehr als 500 000 Menschen demonstrierten in über 700 Orten etwa gegen die Erhöhung der Arbeitsnorm, den sinkenden Lebensstandard und die Lebensmittelkrise. Bald schon forderten die Demonstranten auch freie Wahlen und Freiheit für alle politischen Gefangenen. Die sowjetische Besatzungsmacht und die Staatspartei SED schlugen den Aufstand unter massivem Einsatz von Militär, DDR-Volkspolizei und Staatssicherheit gewaltsam nieder.

Karte über Aufstände, Häftlingsbefreiungen und Einsätze sowjetischen Militärs in Orten der DDR. Hrsg. von der Bundeszentrale für Heimatdienst, um 1954.

Das brutale Vorgehen gegen die Demonstranten führte zu circa **15 000 Festnahmen**. **7 Todesurteile** wurden vollstreckt. **4 Angehörige der DDR-Sicherheitsorgane** wurden durch Demonstranten, **einer** versehentlich von sowjetischen Soldaten getötet. **34 Demonstranten und Unbeteiligte** wurden von Volkspolizisten oder sowjetischen Soldaten erschossen oder starben an den Folgen der Schussverletzungen, unter ihnen Gerhard Dubielzig.

Gerhard Dubielzig (19 Jahre) stirbt am Nachmittag des 17. Juni beim versuchten Sturm auf ein Volkspolizeigebäude durch einen Kopfschuss. Am nächsten Tag legen die Kollegen des jungen Schlossers seinen Arbeitsplatz im Reichsbahnausbesserungswerk (RAW) Delitzsch mit schwarzem Papier aus. Darauf stellen sie Kerzen, Blumen und ein Portrait des Toten. Für die Hinterbliebenen wird Geld gesammelt, das die Staatssicherheit zunächst beschlagnahmt. Erst nach heftigem Protest der Kollegen erreicht die Spende die Familie. Am Morgen des 18. Juni streiken in Delitzsch, trotz des inzwischen verhängten Ausnahmezustandes, etwa 2000 Arbeiterinnen und Arbeiter.



Privatarchiv Karl-Heinz Löser

Am 24. Juli 1953 fand in aller Stille die Beisetzung der Urne unseres lieben, unvergeßlichen Sohnes, Bruders, Neffen und Veters

Gerhard

der im blühenden Alter von 19 Jahren plötzlich, für uns heute noch unfassbar, verschieden ist, auf dem hiesigen Friedhof statt. Allen denen, die seiner durch Wort und Blumenspenden gedacht, unseren herzlichsten Dank. Besonderen Dank der Belegschaft des RAW Delitzsch für die Ehrung und Ausschmückung seines Arbeitsplatzes, sowie die zahlreiche Geldspende, Herzlichen Dank auch den Kolleginnen und Kollegen der VEB Böhme, die seiner durch Kranz- und Geldspenden gedachten und Herrn Otto Prautzsch für seine ehrenden, trostreichen Worte an seiner Ruhestätte

Paul Dubielzig u. Frau Hedwig
geb. Vierenklee
Erika Dubielzig, als Schwester
und alle Verwandten

Delitzsch, Bitterfelder Straße 68, im Juli 1953

Privatarchiv Karl-Heinz Löser

Auffällig: In der Anzeige fehlt der Todestag. Der 17. Juni durfte nicht öffentlich erwähnt werden.

In **Erinnerung an die Todesopfer** beschloss der Senat von West-Berlin am 22. Juni 1953, einen Abschnitt der Charlottenburger Chaussee in **»Straße des 17. Juni«** umzubenennen. Ab 1954 war der 17. Juni bis zur deutschen Einheit gesetzlicher Feiertag in der Bundesrepublik.



picture alliance/brandstaetter images/Notava



Weitere Informationen zum Thema:
www.bpb.de/themen/deutsche-teilung/der-aufstand-des-17-juni-1953
www.17juni53.de

Der Hitlerputsch

Hitlers erster Griff nach der Macht

Einer der traurigen Höhepunkte des Krisenjahres 1923 war der Putschversuch der Nationalsozialisten unter der Führung Adolf Hitlers. Dieser hatte den ehemaligen General und »Helden« des Ersten Weltkriegs Erich Ludendorff auf seine Seite gezogen. Deshalb wird dieser Umsturzversuch oft auch als Hitler-Ludendorff-Putsch bezeichnet. Gescheitert ist er letztlich, weil die bayerische Landespolizei und die bayerische Reichswehr, trotz zahlreicher Sympathisanten mit Hitler in ihren Reihen, ihrem Eid treu blieben.

Von Peter Tauber



Der Staat greift durch: Berittene Polizei sichert den Münchner Odeonsplatz nach dem missglückten Hitlerputsch im November 1923.

Bereit zum Putsch: Soldaten des Freikorps Roßbach warten am 9. November 1923 auf das Startsignal zum Umsturzversuch.



Generalleutnant Otto von Lossow, Kommandeur der 7. (bayerischen) Division der Reichswehr, hat die Begegnung zwischen dem Chef der Heeresleitung, General Hans von Seeckt, und Hitler möglich gemacht. In München hat man zwar von Adolf Hitler schon gehört, aber bis dato ist der aufstrebende Politiker, der in seiner Partei, der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), immer mehr Anhänger um sich scharf, in der Hauptstadt ein unbeschriebenes Blatt. Die Partei, die er führt, ist völkisch, antisemitisch und nationalistisch. Sie hetzt vor allem gegen die »Erfüllungspolitiker« und »Novemberverbrecher«, wie die demokratischen Politiker verunglimpft werden.

Seeckt beschränkt sich als Chef der Heeresleitung keineswegs auf seine Rolle als oberster Soldat der Reichswehr. Er genießt das Vertrauen von Reichspräsident Friedrich Ebert, hat aber auch das Ohr der deutschnationalen und republikfeindlichen Kräfte. Dort hoffen viele, er werde sich bald an die Spitze derjenigen stellen, die einen Umsturz planen. Seeckt lässt sich nicht in die Karten schauen. Man nennt ihn nicht umsonst »die Sphinx«. Doch ganz sicher schmeichelt es ihm, wenn Politiker sich um ihn

bemühen und in den Zeitungen darüber spekuliert wird, was denn nun seine Ziele seien.

Seeckt ist in Bayern auf Truppenbesuch und stimmt einem Treffen mit Hitler zu. Sein Adjutant wird später schreiben, Lossow habe darauf gedrungen, dem General einen »Propheten« namens Hitler vorzustellen. Eloquent redet Hitler eine Stunde auf Seeckt ein und entwickelt sein Programm. Seeckt gibt sich kühl und unbeeindruckt. Er fragt Hitler, was der vom Eid halte. Daraufhin kann Hitler nicht mehr an sich halten. Die Regierung werde hängen, man werde aufräumen. Das Treffen am 11. März 1923 endet im Fiasko. Seeckt entlässt Hitler mit den Worten: »Von heute ab, Herr Hitler, haben wir uns nichts mehr zu sagen.«

Das Krisenjahr 1923

Bereits im Januar besetzen französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet, weil Deutschland seinen Reparationszahlungen nicht nachgekommen sei (dazu Beitrag: Das Krisenjahr 1923, S. 6–13). Die Reichsregierung ruft zum passiven Widerstand auf, die Beamten verweigern die Zusammenarbeit mit den Besatzern und die Bergwerkskumpel im Ruhrgebiet stellen die Arbeit

weitgehend ein. Der »passive Widerstand« setzt eine Inflationsspirale in Gang, die direkt in die Hyperinflation führt. Im Herbst werden die Menschen die Geldscheine mit einer großen Zahl von Nullen in Schubkarren nach Hause fahren und das wertlos gewordene Geld zum Heizen benutzen. Die Menschen stehen in den öffentlichen Suppenküchen an. Kinder leiden Hunger und Not.

Außerdem drohen Aufstände von links. Die Kommunisten planen in Sachsen, Thüringen und Hamburg den »deutschen Oktober«. Josef Stalin, der Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Russlands im fernen Moskau, ist eingeweiht. Man gibt den deutschen Genossen das Signal zum Losschlagen. Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) stellt inzwischen Minister in den Landesregierungen Sachsens und Thüringens. Gefahr droht außerdem durch Separatisten im Rheinland und in der Pfalz, die damit die Einheit des Reiches gefährden. Und nicht zu vergessen ist Bayern, das sich selbst gerne als »Ordnungszelle« des Reiches sieht und das in den letzten Monaten zu einem Hort rechtsextremer Kräfte geworden ist. Ehemalige Freikorpsführer wie Hermann Ehrhardt, der aus dem Gefängnis geflohen ist, und Gerhard Ross-



Der General und der Politiker: Erich Ludendorff als ehemaliger General in der Uniform des Kaiserreiches und Adolf Hitler im Gespräch nach dem Gerichtsprozess 1924.

SZ Photo/Süddeutsche Zeitung Photo

bach, der sich Hitler andient, sowie den »Weltkriegshelden« Erich Ludendorff hat es nach München verschlagen. Dort können sie ungestört Pläne schmieden und werden teilweise sogar hofiert.

Als im Herbst 1923 die Reichsregierung den passiven Widerstand gegen die französische Ruhrbesetzung einstellen muss, da die Kräfte des Landes erschöpft sind, nehmen die politischen Unruhen zu. Die Geldentwertung erreicht schwindelerregende Höhen. Die Menschen haben das Gefühl, dass die Entbehrungen der letzten Monate umsonst gewesen waren.

Bayern und das Reich

In Bayern übernimmt mit Gustav Ritter von Kahr als Generalstaatskommissar ein Mann die Macht, der offen gegen die Republik redet. Laut wird darüber nachgedacht, wie man die Reichsregierung auf einen nationalen Kurs zwingen könne. Die Regierungsbeteiligung der Kommunisten in Sachsen und Thüringen und sogar die Beteiligung der SPD an der Regierung in Berlin werden von ihm und seinen Mitstreitern zum Anlass genommen, konkrete Planungen zum Umsturz zu beginnen. Doch die Reichsregierung beendet die kommunistischen

Machtspiele mit harter Hand und die Sozialdemokraten scheiden aus der Regierung in Berlin aus. Damit verliert Kahr, der nicht als tatkräftiger Politiker gilt, sein Motiv für einen Umsturz.

Aufstieg der NSDAP

Adolf Hitler hält das allerdings nicht davon ab, weiter gegen die Reichsregierung zu agitieren. Erst vor kurzem hat er den Vorsitz der noch jungen Partei übernommen. Seine Anhänger kennen das mit 25 Punkten überschaubare Programm der NSDAP oft gar nicht, sondern sind allein Hitler verpflichtet. Hitler wird von ihnen schlicht als »Führer« angesprochen.

Seit dem Beginn des Jahres 1923 hat Hitler jede Gelegenheit genutzt zu provozieren. Ende Januar findet beim Parteitag auf dem Marsfeld die erste Fahnenweihe statt. Hitler ignoriert die Auflagen der Behörden und kommt damit durch. Der neuen völkischen Bewegung laufen immer mehr Menschen zu. Bald wird die Partei mehr als 50 000 Mitglieder zählen. Und die Erwartungen steigen. Wann wird losgeschlagen? Wann geht es gegen Berlin? Hitler hat immer mehr Schwierigkeiten, die von ihm selbst aufgeputschten Anhänger

unter Kontrolle zu halten. Und der NSDAP fehlt das Geld, um ihre paramilitärische Kampftruppe, die sogenannte Sturmabteilung (SA), und die Partei weiter zu finanzieren. Die Gerüchte, dass ein Putsch unmittelbar bevorstehe, werden immer lauter.

Hitler weiß, dass ein Putsch nur Erfolg haben kann, wenn Reichswehr und Polizei auf seiner Seite stehen. Und er merkt, dass Kahr, Lossow und Hans Ritter von Seißer, der Chef der bayerischen Landespolizei, zwar regelmäßig mit ihm sprechen, aber ihn nicht wirklich an ihren Überlegungen teilhaben lassen. Sie nehmen ihn ernst, aber sie vertrauen ihm nicht. Und das gilt wechselseitig. Hitler hält sie für schwach, am Ende für Repräsentanten einer vergangenen Zeit. Er will mit der NSDAP aber etwas völlig Neues schaffen. Er will eine nationale Revolution.

Der Putsch

Als Kahr eine wichtige Rede ankündigt, zu der alle Würdenträger Bayerns in den Bürgerbräukeller in München eingeladen werden, sieht Hitler sich gezwungen zu handeln. Niemand hat ihn eingebunden. Er fürchtet, dass das Triumvirat aus Kahr, Lossow und Seißer

nun ohne ihn gegen Berlin losschlägt. Er mobilisiert die SA und zwei weitere Wehrverbände, den Bund Oberland und den Bund Reichskriegsflagge. Hitler will die Veranstaltung sprengen, das Heft des Handelns an sich reißen und so das Triumvirat an seine Seite zwingen. Die hektischen Vorbereitungen beginnen. Am 8. November abends soll es losgehen.

Während der Rede Kahrs umstellt die SA den Bürgerbräukeller. Doch von Beginn an läuft es nicht nach Plan. Hitler betritt den Saal und will zügig ans Rednerpult treten, um seine Botschaft zu verkünden. Doch er kommt in dem mit über 2000 Zuhörern überfüllten Bürgerbräukeller nur mühsam voran, wird kaum wahrgenommen. Es entsteht eine Unruhe im Saal, doch Kahr redet zunächst weiter. Als Hitler schließlich vorne angekommen ist, schießt er mit seiner Pistole in die Decke, um sich Gehör zu verschaffen. Er ruft die nationale Revolution aus und erklärt die Reichsregierung für abgesetzt. Inzwischen ist Ludendorff eingetroffen. Der verehrte General des Ersten Weltkriegs macht nun gemeinsame Sache mit Hitler. Im Hinterzimmer überreden sie Lossow, Kahr und Seißer sich zu beteiligen. Doch deren Versprechen wird nicht lange halten.

Als Hitler den Bürgerbräukeller verlässt, gelingt es Kahr, Lossow und Seißer ebenfalls, sich dem Zugriff der Putschisten zu entziehen. Spätestens jetzt ist der Putsch gescheitert, denn recht bald werden die drei Männer entsprechende Befehle erteilen, die klar machen, dass Polizei und Reichswehr sich gegen den Putsch stellen. Doch zunächst ist die Verwirrung groß. Die Putschisten versuchen, einige Kasernen und wichtige Plätze, wie die Post oder den Hauptbahnhof, zu besetzen. Jedoch schlagen alle diese Versuche fehl. Bald macht sich im Bürgerbräukeller Verzweiflung breit. War alles umsonst?

Das Scheitern

Hitler hat sich verkalkuliert. Er tobt und beklagt den Verrat. Einen Plan hat er nicht. Schließlich schlägt Ludendorff einen Marsch durch die Stadt vor. Es geht nicht mehr um eine militärische Aktion,

sondern um eine politische Demonstration. Wenn die Bevölkerung ihre Unterstützung zum Ausdruck bringt, so das Kalkül, dann würden es Reichswehr und Polizei nicht wagen, sich den Putschisten in den Weg zu stellen.

Am späten Vormittag nehmen die gut 2000 verbliebenen Putschisten Aufstellung vor dem Bürgerbräukeller. Als es losgeht, werden sie von Passanten jubelt. Man schöpft noch einmal Zuversicht. Auf dem Marienplatz hetzt Julius Streicher, ein Gefolgsmann Hitlers aus Nürnberg, die Menschenmenge auf. Das Rathaus haben die Putschisten besetzt und den Stadtrat verhaftet. Dort weht nun die Hakenkreuzflagge. Doch die Polizei hat den klaren Befehl, die Putschisten aufzuhalten. Sie sollen nicht zum Wehrkreiskommando marschieren, wo Ernst Röhm mit dem Bund Reichskriegsflagge die Stellung hält. An der Feldherrnhalle hat die Polizei eine Sperre gebildet. Die Putschisten wollen durchbrechen. Im Handgemenge löst sich ein Schuss. Es ist später nicht mehr zu ermitteln, wer zuerst geschossen hat. Nach einem kurzen, heftigen Feuergefecht liegen 13 Putschisten, vier Polizisten und ein Unbeteiligter tot oder tödlich verwundet auf dem Straßenpflaster. Die Putschisten ergreifen die Flucht. Zwei weitere Anhänger Hitlers sterben bei Auseinandersetzungen rund um das Wehrkreiskommando. Die nationale Revolution ist kläglich gescheitert.

Die Folgen

Als die Meldung vom gescheiterten Putsch die Öffentlichkeit erreicht, erklärt Oberstleutnant Kurt von Hammerstein-Equord vor seinem angetretenen Bataillon in Magdeburg: »In München ist ein Gefreiter verrückt geworden.« Der Gefreite aus dem Ersten Weltkrieg, Adolf Hitler, flieht unmittelbar nach dem Schusswechsel vor der Feldherrnhalle aufs Land in die Villa eines Freundes. Dort verhaftet ihn die Polizei und er wird ins Gefängnis nach Landsberg am Lech gebracht. Er droht mit Selbstmord und tritt in den Hungerstreik. Doch bis zum Anfang des Jahres 1924 beginnenden Prozess hat er sich wieder

gefangen. Der Prozess wird zur großen Bühne, der Richter ist überfordert und fällt ein mildes Urteil. Hitler schreibt in der Haft sein Buch »Mein Kampf«. Kaum entlassen, beginnt er trotz des fortbestehenden Redeverbots mit dem Neuaufbau der in der kurzen Zeit völlig zerfallenen Partei. Ohne ihn ist die völkische Bewegung im wahrsten Sinne des Wortes kopflos. Die Regierung hat sich in der Zwischenzeit nicht darauf verständigen können, den ursprünglich aus Österreich stammenden Ausländer Adolf Hitler auszuweisen.

Sieg der Republik

Es hat viel Kraft gekostet, doch am Ende des Jahres 1923 hat die Republik gegen ihre Feinde obsiegt. Alle Umsturzbewegungen von ganz links bis ganz rechts sowie die Separatisten sind zurückgeschlagen worden. Die Polizei und die Reichswehr bleiben loyal, obwohl kaum zu übersehen ist, dass es in deren Reihen durchaus Sympathisanten für Hitler und die rechtsextremen Kräfte gibt. Außerdem ist es gelungen, die Wirtschaft zu stabilisieren und eine neue Währung, die Rentenmark, zu etablieren. Mit den Siegermächten des Ersten Weltkrieges ist man im Dialog, um die Reparationsfrage noch einmal zu verhandeln. Es gibt eine Reichsregierung, die handlungsfähig ist. Doch die Folgen dieses Jahres wirken nach. Die beginnende wirtschaftliche Erholung, die viel beschriebenen goldenen Zwanziger Jahre, schaffen lediglich eine fragile Stabilität. Als nach der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre die Feinde der Republik erneut antreten, haben sich die Kräfteverhältnisse so verschoben, dass 1933 Hitlers zweiter Griff nach der Macht gelingen wird.

Dr. Peter Tauber habilitiert an der Universität der Bundeswehr München. Seine Forschungsschwerpunkte sind Sport- und Militärgeschichte.

Literaturtipp

Wolfgang Niess, Der Hitlerputsch 1923, München 2023.

»A Harvest of Death«

Eine Bild-Ikone des Amerikanischen Bürgerkrieges auf dem Prüfstand

Von Victor Marnetté

Zu Beginn des Amerikanischen Bürgerkrieges (1861–1865) steckten die Fotografie sowie insbesondere die Kriegsfotografie noch in den Kinderschuhen und waren sehr zeitaufwendig. Die Belichtungszeit von mehreren Sekunden war abhängig von Faktoren wie der Tages- und Jahreszeit sowie der Witterung. Vor allem mussten die Fotoplatten unmittelbar nach der Aufnahme entwickelt werden. Tatsächlich während des Kampfgeschehens gemachte Fotos existieren daher praktisch nicht.

Die ersten eindeutigen Kriegsfotografien stammen wahrscheinlich aus dem Mexikanisch-Amerikanischen Krieg (1846–1848). Im Krimkrieg (1853–1856) und im Zweiten Opiumkrieg (1856–1860) wurden sogenannte Daguerreotypien (Fotografien auf polierter Metalloberfläche) mit verschiedenen Militärmotiven in größerem Umfang hergestellt. In keinem dieser Konflikte wurden jedoch die eigentlichen Gefechte abgebildet, sondern überwiegend Bilder von Offizieren, Truppenansammlungen und Kriegslandschaften angefertigt. Im Krimkrieg erstellte man aber bereits die ersten Fotoreportagen – arrangierte und manipulierte Fotos inbegriffen – zu Propagandazwecken, vor allem für die »Heimatfront«.

Als der Fotograf Timothy H. O’Sullivan (1840–1882) um den 5. Juli 1863 auf dem



Schlachtfeld bei der Kleinstadt Gettysburg in Pennsylvania eintraf, lag die wohl bekannteste und – gemessen an den Gesamtverlusten – blutigste Schlacht des Bürgerkrieges nur zwei Tage zurück. Vom 1. bis zum 3. Juli hatte die ungefähr 94 000 Mann starke Potomac-Armee der Nordstaaten unter Generalmajor George G. Meade gegen die knapp 75 000 Mann zählende Nord-Virginia-Armee der Südstaaten von General Robert E. Lee gekämpft und gewonnen. Lee wich nach Virginia aus. Zurück blieben insgesamt mindestens 7800 Tote, über 27 200 Verwundete und 10 500 Vermisste oder Kriegsgefangene.

Das Gewaltbild »A Harvest of Death«, Gettysburg, Pennsylvania, eine der Bild-Ikonen dieses Konflikts, zeigt einige dieser Verluste. Aber inwieweit ist die Darstellung authentisch? Und welche Aussagekraft besitzt dieses Bild bezüglich der Schlacht? Das von O'Sullivan gemachte Foto erschien 1866 in dem zweibändigen Bildband »Gardner's Sketch Book of the War«; herausgegeben und kommentiert vom Fotografen Alexander

Gardner (1821–1882), publiziert vom Washingtoner Verlagshaus Philip & Solomons. In der kurzen Einleitung, die von Gardner als Rechtfertigung seiner Publikation genutzt wurde, heißt es unter anderem: »Mündliche Darstellungen [...] können den Wert der Genauigkeit haben oder nicht; aber fotografische Darstellungen [...] werden von der Nachwelt mit unzweifelhaftem Glauben [an die Authentizität, Anm. d. Verf.] akzeptiert.« Die Historische Bildforschung beurteilt das bekanntlich weitaus kritischer als Gardner. Von den insgesamt 100 Bildtafeln weisen zehn einen Bezug zu Gettysburg auf, darunter Tafel 36 »A Harvest of Death«. Gardner selbst betitelte das Foto und verfasste einen kurzen Begleittext. Erst dieser Text sorgt für ein gewisses Maß an Aussagekraft, denn ansonsten wüsste der Betrachter nichts zu Ort, Zeit und den genaueren Umständen; er würde nur aufgedunsene Leichen auf einem Weizenfeld sehen. Dank Gardners Zeilen erfährt er jedoch, dass es in den zwei Tagen nach der Schlacht stark geregnet hatte und dass die meisten toten Unionssoldaten bereits beigesetzt worden waren. Deshalb

kam Gardner zu dem Schluss, dass es sich bei den Leichen um Konföderierte handeln muss. Von der neueren Bürgerkriegsforschung werden die Toten jedoch entweder als Unionssoldaten identifiziert oder es wird eine endgültige Zuordnung vermieden. Was Gardner hingegen nicht erwähnt, ist der Gefechtsverlauf, der zu diesen Toten geführt hat (Kämpfe am 2. Juli auf dem Weizenfeld). Bei dem Foto handelt es sich eindeutig um ein Gewaltbild, das zugleich aber vergleichsweise wenig kriegerische Gewalt darstellt. Zum Beispiel sind bei den Toten im Vordergrund keine schweren Wunden oder gar zerfetzte Körper als Folge eines Artilleriebeschusses zu erkennen. Der starke Regen nach der Schlacht dürfte zudem Blutrückstände ausgewaschen haben. Auch fehlen die Waffen und andere Ausrüstung. Diese wurden bis zum Eintreffen des Fotografenteams aus ungeklärten Umständen entfernt.

Kriegsfotos erhalten ihre Aussagekraft erst durch die Intention der Fotografen und Herausgeber sowie den jeweiligen Zeitgeist mit seiner ganz spezifischen emotionalen Bedeutungsladung einerseits sowie mittels einer kritischen historiografischen Kontextualisierung andererseits. Das Sprichwort, dass ein Bild mehr als tausend Worte sagt, trifft eben nicht zu. ■



picture alliance/dpa | Timothy O'Sullivan

Der lange Weg zum Westfälischen Frieden von 1648

Der Dreißigjährige Krieg gilt als eine der zentralen Katastrophen der Frühen Neuzeit. Für die damals Lebenden war es aber kein einzelner großer Krieg, sondern eine Abfolge vieler Kriege, die jeweils auch einzelne Friedensschlüsse erforderlich machten. Jener lange Weg vom Prager Fenstersturz 1618 bis zu den westfälischen Friedensverträgen von Münster und Osnabrück im Jahre 1648 soll hier noch einmal in den Blick genommen werden.

Von Robert Riemer



Schwur auf den Frieden: Im Rahmen der Unterzeichnung des Friedens von Münster heben die Abgesandten ihre Schwurhand. Drei Dekaden Krieg im Herzen Europas finden 1648 in den westfälischen Städten Münster und Osnabrück ihr Ende.

Von den »Widerlichkeiten einer marodierenden Soldateska«, von den »Schrecken des Krieges«, von »Kriegsgräueln«, die in »zynische Worte« gekleidet sind, schrieb an dieser Stelle vor knapp fünf Jahren Martin Rink in seinem Beitrag zum Dreißigjährigen Krieg. Vor 400 Jahren endete mit dem Böhmisches-Pfälzischen Krieg die erste Phase des Dreißigjährigen Krieges, der 1618 mit dem Prager Fenstersturz begonnen hatte. Dem bayerischen Herzog Maximilian wurde die Kurwürde verliehen, aber der Krieg tobte – mit Unterbrechungen – für ein Vierteljahrhundert, bis 1648, weiter. Das bedeutet, dass der Westfälische Friede als wichtiger Endpunkt dieses Krieges sich zum 375. Mal jährt. Nach drei Jahrzehnten Kampf, Verwüstungen, gescheiterter Diplomatie und großen personellen sowie materiellen Verlusten gelang im Jahr 1648 ein Friedensschluss, der eine wichtige Zäsur in der Geschichte des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation (HRRDN) sowie für weitere beteiligte Akteure darstellte.

Hintergrund: Europäische Spannungen

Angesichts vielfältiger Spannungen in Europa am Beginn des 17. Jahrhunderts war es nur dem Zufall zu verdanken, dass der Krieg nicht noch länger dauerte. Bereits im Jülich-Klevischen Erbfolgestreit von 1609–1614 stand ein Ausbruch militärischer Gewalt unmittelbar bevor. Obwohl zunächst scheinbar ein innerdeutsches Problem, das sich aus unterschiedlichen Interessen und mehreren Anwärtern auf das Erbe (unter anderem der Markgraf von Brandenburg sowie der Pfalzgraf) ergab, erhielt der Konflikt eine internationale Dimension. So mischte sich König Heinrich IV. von Frankreich auf Seiten der Protestantischen Union ein und bot seine Unterstützung in Form eines Militärbündnisses bei gleichzeitiger Hilfe der Union in einem Krieg gegen Spanien (in den Spanischen Niederlanden) an. Nur die Ermordung des französischen Königs 1610 und eine später erfolgende Einigung auf eine Teilung des jülich-klevischen Er-

bes verhinderten einen Krieg schon zu diesem Zeitpunkt, verzögerten ihn aber nur um einige Jahre. Gegner der Union im Alten Reich war ein zweites konfessionelles Fürstenbündnis, die Katholische Liga. Sie unterstützte die aus dem Hause Habsburg stammenden Kaiser und offenbarte den konfessionellen Gegensatz, der mit dem Augsburger Religionsfrieden 1555 nicht beigelegt worden war.

einandersetzungen in Mittel- und Westeuropa statt, darunter der Achtzigjährige Krieg zwischen den Niederlanden und Spanien (1568–1648), der Französisch-Spanische Krieg (1635–1659) und der Torstenssonkrieg zwischen Dänemark und Schweden (1643–1645). Von den damaligen großen Mächten war lediglich England nicht beteiligt. Dieses war mit den Auseinandersetzungen



picture-alliance/dpa/dpaweb
IDB Österr. Staatsarchiv

Dickes Vertragswerk: Der Augsburger Religionsfrieden von 1555 sicherte für mehr als ein halbes Jahrhundert den religiösen Frieden im Heiligen Römischen Reich.

Gleichzeitig ergab sich aus Interessenkonflikten der Herrscherhäuser sowie der französischen Furcht vor der habsburgischen Umklammerung durch deren territorialen Besitz im Westen und Osten Frankreichs der habsburgisch-französische Gegensatz. Außerdem standen sich auch in Norditalien die spanischen Habsburger und die französischen Bourbonen in Konkurrenz um die Macht im südlichen Alpenraum gegenüber. Zudem war die Frage der Herrschaft über den Ostseeraum zwischen Dänemark und Schweden ungeklärt. Zeitgleich zum Dreißigjährigen Krieg fanden noch weitere militärische Aus-

zwischen Krone und Parlament abgelenkt, die in den Englischen Bürgerkrieg (1642–1649) mündeten. Abgesehen von England mischten alle hier genannten großen und kleinen Mächte offen oder verdeckt im Dreißigjährigen Krieg mit und waren – außer Dänemark – an dessen Ende am Westfälischen Frieden beteiligt.

Friedenswege

Der Weg zum Frieden war indes lang – und immer wieder von Rückschlägen unterbrochen. So endete der Böhmisches-Pfälzische Krieg im Jahr 1623 ohne



Generalissimus des Kaisers: Der mächtigste katholische Feldherr und Kriegsunternehmer seiner Zeit, Albrecht Wenzel Eusebius von Wallenstein, mit Offizierschärpe der Liga und Kommandostab.

einen Friedensschluss, dafür aber mit Regelungen, die weitere Kampfhandlungen für die Handelnden beinahe unausweichlich machten. Kurfürst Friedrich V. von der Pfalz war Kaiser Ferdinand II. und der Katholischen Liga unterlegen. Friedrich war kurzzeitig in Konkurrenz zu den Habsburgern auch Böhmischer König und außerdem Führer der Protestantischen Union. Er büßte seine Niederlage mit dem Verlust der Kurwürde und seines Territoriums und ging in die nördlichen Niederlande ins Exil.

Die pfälzische Kurwürde und die Obere Pfalz übertrug der Kaiser dem katholischen bayerischen Herzog Maximilian I., sodass im Kreis der sieben Kurfürsten die Katholiken nun vier bis fünf Stimmen innehatten. Maximilian war Führer der Katholischen Liga und somit der wichtigste militärische Verbündete des Kaisers. Zugleich war er dessen Gläubiger. Er erkaufte sich gegen einen Erlass der kaiserlichen Kriegsschulden von mehreren Millionen Gulden im Jahr

1628 die Erbllichkeit der Kurwürde und der Oberpfalz, nachdem diese 1623 zunächst nur an ihn persönlich und nicht an die bayrisch-wittelsbachische Dynastie verliehen worden waren.

Niedersächsisch-Dänischer Krieg

Die nächste Kriegsphase, der Niedersächsisch-Dänische Krieg zwischen 1625 und 1629, endete mit dem Frieden von Lübeck. Eine Weiterführung des Krieges konnte er jedoch nicht verhindern. Der dänische König Christian IV. kämpfte gegen den Kaiser und die Katholische Liga. Als Herzog von Holstein war er ebenso Reichsfürst und als mächtigster weltlicher Herrscher des Niedersächsischen Reichskreises auch dessen gewählter Kreisoberst und damit der Führer der Kreistruppen. Die Erfolge der Liga in der ersten Phase des Dreißigjährigen Krieges, ihre Wegnahme der Oberpfalz und der pfälzischen Kurwürde sowie die in Böhmen praktizierte Rekatolisierung lieferten Christian einen willkommenen Rechtfertigungsgrund für seine Einmischung: den Schutz und die Befreiung der »deutschen« Protestanten. Tatsächlich strebte Christian für seine Söhne die Übernahme geistlicher Herrschaftsgebiete in Norddeutschland an, darunter das Erzstift Bremen und das Hochstift Verden. Die Sicherung der überwiegend lutherischen oder calvinistischen Territorien Norddeutschlands war Ziel der Ende 1625 gegründeten Haager Allianz. In ihr schlossen sich Dänemark, England, Brandenburg und die nördlichen Niederlande gegen den Kaiser und die Habsburger zusammen.

Politische und strategische Differenzen innerhalb der Allianz sorgten dafür, dass Christian mit seinen niedersächsischen Kreistruppen und der dänischen Armee allein gegen die Ligatruppen unter Johann T'Serclaes von Tilly und Albrecht von Wallenstein in den Kampf zog. In der Schlacht bei Lutter am Barenberge erlitt er im Sommer 1626 eine entscheidende Niederlage. Die kaiserlichen Armeen rückten nach Norden vor und besetzten das dänische Festland, waren jedoch nicht in der Lage, auch die dänischen Inseln zu erobern. Der zweijährige

Stillstand des Krieges endete im Mai 1629 mit dem Lübecker Frieden zwischen Christian IV. und Kaiser Ferdinand II., in dem der dänische Verlierer glimpflich davonkam. Weder verlor Christian Gebiete aus seinem bisherigen Besitz, noch musste er eine Entschädigung zahlen. Beide Seiten vereinbarten den Verzicht auf Schadenersatz, tauschten die Gefangenen aus und die kaiserlichen Truppen zogen sich von dänischem Gebiet inklusive Holstein zurück. Damit schied Dänemark aus dem Dreißigjährigen Krieg aus, während der Kaiser versuchte, seine Herrschaft mittelbar in den Ostseeraum hinein auszudehnen.

»Christians Zustimmung [zum Lübecker Frieden] versetzte der ohnehin schon brüchigen Haager Allianz den Todesstoß.«

Peter H. Wilson,
britischer Militärhistoriker

Die mit Dänemark verbündeten protestantischen Herzöge von Mecklenburg erlitten ein ähnliches Schicksal wie der Pfälzische Kurfürst am Ende des ersten Teilkrieges: Der Kaiser setzte sie ab und ernannte seinen General Wallenstein nicht nur zum Herzog von Mecklenburg, sondern auch zum »General des Ozeanischen und Baltischen Meeres«. Damit postulierte er einen maritimen Anspruch, der auf keinerlei materielle Macht gestützt war, denn über eine Flotte verfügten der Kaiser und seine Verbündeten nicht.

Der Löwe aus Mitternacht

Nach dem Ausscheiden Christians IV. übernahm dessen Konkurrent im Ringen um die Herrschaft im Ostseeraum, der schwedische König Gustav II. Adolf,

die Rolle als Schutzherr der Protestanten im Reich. Nachdem sowohl Schweden als auch Dänemark Stralsund während der Belagerung durch kaiserlich-wallensteinsche Truppen 1627/28 unterstützt hatten, landete sein Heer 1630 an der Nordspitze der Insel Usedom. In den nächsten Monaten stieß es erfolgreich bis nach München vor. Damit begann die dritte Phase des Dreißigjährigen Krieges, der sogenannte Schwedische Krieg von 1630 bis 1635.

Finanzielle Hilfe stellte Frankreich zur Verfügung und nach ersten Erfolgen sowie der Verwüstung Magdeburgs durch kaiserliche Truppen 1631 standen mit den protestantischen Ständen neue Verbündete bereit. Gustav Adolf überlebte den aus schwedischer Sicht letztlich erfolgreichen Krieg nicht – er fiel 1632 in der Nähe von Leipzig in der Schlacht bei Lützen. Aber damit endete das hegemoniale Streben Schwedens in Norddeutschland nicht, sondern wurde vom Reichsrat und dem Reichskanzler Axel Oxenstierna fortgeführt, denn Gustavs Tochter und Nachfolgerin Königin Christine war bei dessen Tod erst

fünf Jahre alt. Die massive schwedische Niederlage 1634 in der Schlacht bei Nördlingen zog den Bruch der protestantischen Allianz gegen den Kaiser nach sich und führte zu Friedensverhandlungen zwischen Ferdinand II. und der Mehrzahl der protestantischen Stände. Deren Ergebnis war der Prager Frieden von 1635, der jedoch nicht den Dreißigjährigen Krieg beendete. Im Gegenteil, wegen der Nichtbeachtung französischer und schwedischer Interessen gingen die Kämpfe ohne Unterbrechung weiter. Die Friedensregelungen beinhalteten sowohl weltliche als auch religiöse Bestimmungen. Beispielsweise beendeten sie die kaiserlichen Rekatholisierungsbemühungen und gewährten einem Teil der bisherigen Gegner des Kaisers eine Amnestie. Sowohl katholische als auch protestantische, am Frieden teilnehmende Reichsstände mussten eine Beschneidung ihrer Souveränität hinnehmen, die als ein absolutistisches Streben des Kaisers interpretiert werden konnte. Diesen Tendenzen wurde 1648 letztlich ein deutlicher Riegel vorgeschoben.

Der vierte und letzte Teilabschnitt, der Schwedisch-Französische Krieg, dauerte nochmals fast eineinhalb Jahrzehnte von 1635 bis zum Westfälischen Frieden von 1648.

Der Schwedisch-Französische Krieg

Anders als zuvor griff Frankreich unter König Ludwig XIII. und seinem Premierminister Kardinal Armand du Plessis Richelieu nun aktiv mit eigenen Truppen in die Kämpfe im Reich ein, um die aus französischer Sicht als bedrohlich wahrgenommene Einkreisung durch habsburgisch kontrollierte Territorien aufzubrechen.

Mit den französischen Kriegerklärungen an den spanisch-habsburgischen König Philipp IV. im Mai 1635 und an den österreichisch-habsburgischen Kaiser vier Monate später erfolgte eine nochmalige Ausweitung des Krieges. Eine der Folgen dieser Kriegserklärungen war die deutlich verringerte Fähigkeit Spaniens, die österreichischen Verwandten weiterhin finanziell zu unterstützen. Deshalb



Ordnung im Chaos: Ein kolorierter Stich zeigt die Schlacht von Lützen vom 16. November 1632. Im Hintergrund stehen die Schweden und im Vordergrund greifen die Kaiserlichen mit ihren großen Formationen, den Terzios, an.

war eine Kompensation der zuerst an Dänemark und dann an Schweden erfolgten französischen Zahlungen nicht mehr möglich. Auch wenn das französische Heer bei Kriegseintritt hinsichtlich seines Kampfwertes deutlich hinter den kriegserfahrenen kaiserlichen und schwedischen Armeen zurücklag, etablierten die Verbündeten erfolgreich eine Art Zwei-Fronten-Krieg. Fortan kämpften die Franzosen in Süddeutschland und die Schweden in Norddeutschland gegen den Kaiser und dessen Verbündete. Darunter befanden sich auch bisherige Gegner des Kaisers, wie die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg.

Der ab 1637 regierende neue Kaiser Ferdinand III. hielt als Habsburger am Katholizismus fest, war aber eher als sein Vater Ferdinand II. bereit, auch mit den protestantischen Reichsständen zu einem Konsens zu gelangen. Zum ersten Mal seit 1613 fand 1640 wieder ein Reichstag statt, auf dem Kaiser und Stände zwar miteinander verhandelten, aber ohne Einbindung der auswärtigen Kriegsparteien den Krieg nicht beenden konnten. Dieser zog sich noch jahrelang

hin. Beide Seiten nutzten die Kampfhandlungen, um sich für die seit 1643 offiziell in Münster und Osnabrück laufenden Friedensverhandlungen einen Vorteil zu verschaffen.

Die Zahl der Schlachten und Gefechte stieg gerade in der letzten Phase noch einmal dramatisch an. Sogar Dänemark griff auf Seiten des Kaisers erneut ein und führte zwischen 1643 und 1645 in Norddeutschland den Torstenssonkrieg gegen Schweden, kassierte aber nur eine weitere Niederlage. Die parallel zur letzten Kriegsphase verlaufenden Friedensverhandlungen mündeten 1648 in den Westfälischen Frieden, auf dem erstmals die beteiligten Kriegsparteien ungeachtet ihrer tatsächlichen Macht und Kriegserfolge gleichberechtigt vertreten waren.

Endlich Frieden

Der Friedensvertrag sorgte für einige langfristige Veränderungen in Europa. Die spanischen Habsburger verloren auf dem nördlichen Kriegsschauplatz, wo der Achtzigjährige Unabhängigkeits-

krieg mit der Souveränität der Niederländischen Republik (»Generalstaaten«) endete, die damit – ebenso wie die an den Kämpfen nicht beteiligte Eidgenossenschaft im Süden – aus dem Heiligen Römischen Reich ausschied.

Im Reich selbst konnte sich der Kaiser nicht gegen die Stände durchsetzen. Anstelle einer absoluten Herrschaft wurden der Vorkriegsstatus zementiert und die ständischen Machtbefugnisse bestätigt. Die Beziehungen zwischen den Konfessionen (nun inklusive der Calvinisten) normalisierten sich; die Zeit konfessionell motivierter Kriege im Reich war endgültig vorbei. Frankreich erzielte zwar nur moderate Gebietsgewinne und konnte die habsburgische Umklammerung bis zum Spanischen Erbfolgekrieg am Anfang des 18. Jahrhunderts nicht abschütteln. Trotzdem stieg es zur Hegemonialmacht in Westeuropa auf und gewann Teile des Reiches dazu, darunter die über die nächsten Jahrhunderte umstrittenen Bistümer Metz, Toul und Verdun.

Zu den Siegern gehörte auch Schweden, das sich trotz gültiger Erbverträge



Bürgerliche Renaissancepracht: In der ehemaligen Ratskammer im Rathaus von Münster wurde ein Teil des Westfälischen Friedensvertrages unterzeichnet. Seitdem ist er als »Friedenssaal« bekannt.

akg/van Ham/Saša Fuis, Köln



Pein und Übel des Krieges: Missetäter und kriminelle Soldaten werden ihren Strafen zugeführt. Zur Abschreckung und Aufrechterhaltung der Disziplin werden Strafen öffentlich vor der angetretenen Truppe vollstreckt.

zwischen den inzwischen ausgestorbenen Pommernherrschern sowie den Brandenburgern durchsetzte und Vorpommern inklusive der Odermündung und Stettin erhielt. Zusammen mit Wismar sowie Bremen-Verden hatte Schweden nun Dänemark im Griff, kontrollierte die drei wichtigsten deutschen Flussmündungen (Weser, Elbe, Oder; der Rhein mündet in der Niederländischen Republik) und verfügte über Sitz und Stimme im Deutschen Reichstag. Schweden war nun Großmacht im Ostseeraum, während Dänemark zurückstecken musste. Brandenburg konnte sich unter dem Großen Kurfürsten (Friedrich Wilhelm) immerhin Hinterpommern sichern. Er war fortan mit dem Wiederaufbau des Landes beschäftigt und in der Lage, Schweden über die nächsten Jahrzehnte sukzessive zurückzudrängen.

Bilanz des Schreckens

Die Folgen des vor allem machtpolitisch motivierten Dreißigjährigen Krieges waren in einigen Teilen Deutschlands besonders sichtbar. Eine Schneise der

Verwüstung zog sich vom Nordosten (Pommern) nach Süden (Bayern). Nicht der erklärte Gegner, sondern der Krieg an sich war der Feind der Bevölkerung, denn auch die »eigenen« Truppen lebten aus dem Land und schädigten es und seine Bewohner. Neben den eigentlichen Kämpfen waren vor allem die vom Krieg verursachten Hungersnöte und Seuchen für die Entvölkerung und Verwüstung ganzer Landstriche verantwortlich.

Die Angaben zu den Bevölkerungsverlusten schwanken zwischen 20 und 45 Prozent, wobei einzelne Regionen Verluste von bis zu 60 Prozent verzeichneten. Schätzungen gehen von Gesamtverlusten (Soldaten und Zivilisten) von acht Millionen Menschen aus. Von geschätzt 17 bis 18 Millionen sank die Einwohnerzahl auf etwa 10 Millionen Menschen. Dabei ist zu beachten, dass auch der Großteil der Soldaten nicht in den vergleichsweise wenigen großen Schlachten starb, sondern vor allem an den kriegsbedingten Lebensumständen, an Hunger und Krankheiten zugrunde ging. Die rein »deutschen« Auseinandersetzungen im Inneren des Reiches

sorgten im Ergebnis für nur leichte Korrekturen im Zusammenspiel von Kaiser und Ständen und integrierten den Norden Deutschlands in das bisher von Süddeutschland geprägte Reich.

Dreißig Jahre Krieg und der nach einem langwierigen Ringen erreichte Friedensschluss katapultierten Europa an die Schwelle von Barock und Absolutismus und beschleunigten die ab der Mitte des 17. Jahrhunderts einsetzende Territorialisierung, eine Modernisierung der frühneuzeitlichen Staaten, die wiederum den Weg in die Aufklärung und die bürgerliche Revolution wies.

Oberstleutnant PD Dr. Robert Riemer ist Historiker und Mitarbeiter in der Abteilung Bildung am ZMSBw. Sein Forschungsschwerpunkt liegt auf Themen der Frühen Neuzeit.

Literaturtipps

Georg Schmidt, *Der Dreißigjährige Krieg*, München 2018.

Siegrid Westphal, *Der Westfälische Frieden*, München 2015.

323 v.Chr.

Tod Alexanders des Großen

Der Name Alexander«, so der Historiker Johann Gustav Droysen, »steht für das Ende einer Weltepoche, den Anfang einer neuen.« Das »hellenistische« Zeitalter, gekennzeichnet durch die Expansion der griechischen Kultur in den Orient und den Einfluss der orientalischen Kultur auf die griechische, prägte die Antike bis zu ihrem Ende. Die Weichen dafür stellten die Eroberungen Alexanders des Großen, der überzeugt war, von den Göttern abzustammen.

Alexander wurde 356 v.Chr. als Sohn des makedonischen Königs Philipp II. geboren. Bereits als Kind beteiligte er sich an den Kriegszügen seines Vaters. Dieser brachte fast alle griechischen Staaten unter seiner Herrschaft im Korinthischen Bund zusammen. Nach seiner Ermordung 336 wurde Alexander König. Er setzte Philipps Politik fort und führte einen »Rachefeldzug« gegen das

mächtige Persien als Vergeltung für frühere Kriege. Alexander strebte die Herrschaft über die ihm bekannte Welt an. 333 besiegte er bei Issos den Perserkönig und besetzte Syrien und Phönizien. In Ägypten ließ er sich zum Pharao krönen und gründete die Stadt Alexandria. 331 errang er bei Gaugamela am Tigris dank einer kühnen Kavallerieattacke den entscheidenden Sieg über die kräftemäßig überlegenen persischen Truppen. Er besetzte Mesopotamien, die Städte Babylon, Susa und Persepolis fielen in seine Hand. Erst die Erschöpfung seiner Truppen zwang ihn in Indien, die Eroberungen zu stoppen. Der Rückzug ins Zentrum seines Reiches war ein Desaster. Nur ein Viertel der 60 000 Soldaten überlebte. Widerstand duldete Alexander nicht, gegen separatistische Tendenzen ging er hart vor. 324 fand in Susa ein großes Hochzeitsfest statt, auf dem er und enge Gefährten sich

mit Perserinnen vermählten. Alexander starb am 10. Juni 323, vermutlich an Malaria, kurz vor Beginn eines neuen Feldzugs. Er hinterließ keinen Nachfolger (gr. *diadochos*). Die folgenden Kriege um die Macht sind deswegen als Diadochenkriege (322–281) bekannt.

Esther Geiger



Kämpfte an der Spitze seiner Truppen: Alexander auf seinem Lieblingssperd Bucephalos.

Eroberung von Konstantinopel

29. Mai 1453

Der Legende nach war sie am 29. Mai 1453 offen: die Ausfallpforte in der Nähe eines der Tore Konstantinopels. Durch sie konnte die Vorhut der osmanischen Truppen in die Metropole eindringen, Verwirrung bei den Verteidigern stiften, die Tore öffnen und mit Hilfe der Hauptmacht die Stadt erobern.

Mit etwa 80 000 Mann hatte Sultan Mehmet II. seit Anfang April die Stadt am Bosphorus nebst ihrem wichtigen Hafen am Goldenen Horn belagert und den circa 9000 Verteidigern heftig zugesetzt. Der Belagerungsring hatte sich geschlossen und der Druck auf die Hauptstadt des Oströmischen Reiches war immer

stärker geworden. Trotz des Einsatzes von damals modernster Belagerungsartillerie und trotz des Transportes von Schiffen über die Berge, die dann überraschend und erfolgreich im Goldenen Horn eingesetzt wurden, waren alle Angriffe auf die stark befestigte Metropole abgewiesen worden. Die wenigen und zaghafte Entsatz-Versuche über See durch »italienische« Schiffe waren gescheitert. Nach der Eroberung wurde Konstantinopel tagelang geplündert.

Es war der letzte Akt des Unterganges Ostroms. Die osmanischen Truppen hatten das Umland beiderseits der Dardanellen sowie große Teile Kleinasien und Südosteuropas innerhalb der letz-

ten 150 Jahre erobert. Dem oströmischen Kaiser waren nur Konstantinopel und einige griechische Besitzungen geblieben, zudem war er dem Sultan tributpflichtig. Diesem wiederum war der christliche Stadtstaat inmitten seines Reiches jedoch ein Dorn im Auge.

Nach der Eroberung Konstantinopels gelang wenigen die Flucht über See. Aber sie retteten teilweise unbekannte Manuskripte des Altertums in den Westen. Die Befassung mit solchen antiken Überlieferungen ist das Kennzeichen der im 15. Jahrhundert beginnenden Renaissance.

Harald Potempa

Bücherverbrennung

10. Mai 1933

Auf dem Opernplatz in Berlin brannte am späten Abend des 10. Mai 1933 ein Scheiterhaufen. Organisiert von der Deutschen Studentenschaft wurden im Rahmen der »Aktion wider den undeutschen Geist« und begleitet von markigen »Feuersprü-



BRArch, Bild 102-14599

Ungeheurer Aussonderungsprozess: Bücherverbrennung auf dem Berliner Opernplatz am 10. Mai 1933.

chen« die Bücher unerwünschter Autorinnen und Autoren ins Feuer geworfen. Unter ihnen waren Werke von Karl Marx und Sigmund Freud, Kurt Tucholsky und Alfred Kerr, Carl von Ossietzky und Erich Maria Remarque, Erich Kästner, Thomas und Heinrich Mann, Irmgard Keun und Anna Seghers.

Die Nacht in Berlin war kein Einzelfall, vielmehr kam es zwischen März und Oktober 1933 in über 90 Orten im ganzen Reichsgebiet von Bad Kreuznach bis Zwickau zu ähnlichen Aktionen. Die Bücherverbrennungen waren keine spontanen Ausbrüche, sondern sorgsam vorbereitet. Was die verfeimten Bücher anging, konnte die organisierte Studentenschaft auf bereits bestehende »schwarze Listen« zurückgreifen. Auch die »Feuersprüche« und die »Thesen wider den undeutschen Geist«, die das Vorgehen ideologisch begleiten sollten, wurden von der Reichsstudentenführung zentral erarbeitet und

über Flugblätter verbreitet. So war die Bücherverbrennung weder in Berlin noch anderswo in erster Linie eine Aktion des Propagandaministeriums oder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP). Deren Propagandisten – allen voran Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Joseph Goebbels – wussten es nur geschickt, das Geschehen für ihre Zwecke zu nutzen.

Die nationalsozialistische Kulturpolitik bestand in den Folgejahren aus einem ungeheuren Aussonderungsprozess mit tiefen Einschnitten: Autorinnen und Autoren wurden verfolgt, verboten, in Exil und Tod getrieben oder ermordet. Die Bücherverbrennung ist bis heute das Symbol für diesen beispiellosen Kampf gegen die aus politischen Gründen oder wegen ihrer jüdischen Abstammung Verfolgten.

Christian Adam

Tankerrieg im Persischen Golf

1984–1988

Während des Irak-Iran-Kriegs von 1980 bis 1988 setzten beide Staaten ihre Marinen zum Kampf gegen Tankschiffe der anderen Kriegspartei ein. Ab 1984 nahm die Intensität stark zu. Allein 1986 wurden 105 Tanker angegriffen, was einen Abfall der Exporte zur Folge hatte. Beide Seiten setzten vor allem Seeminen, Seezielflugkörper und Flugzeuge ein. Der Iran drohte sogar mit einer Seeblockade der Straße von Hormus. Bis 1986 weitete er seine Angriffe auf kuwaitische Schiffe aus, weshalb das Land um internationale Hilfe bat. Die Sowjetunion bot an, kuwaitische Schiffe zu chartern, und die

USA gestatteten diesen, ab März 1987 unter US-Flagge zu fahren.

Ab Juli 1987 schützte die US Navy in der Operation »Earnest Will«, ihrem größten Geleitzugeneinsatz seit dem Zweiten Weltkrieg, die ausgeflaggten Tanker im Persischen Golf. Dabei wurde am 17. Mai 1987 die US-Fregatte »Stark« von irakischen Raketen getroffen. Nachdem am 14. April 1988 auch noch die USS »Samuel B. Roberts« auf eine iranische Mine gelaufen war, schlug die US Navy am 18. April mit der Operation »Praying Mantis« zurück. Ziel waren zwei iranische Ölplattformen, die als Kommandozentralen dienten und zerstört wurden.

Ein Gegenangriff der Iraner wurde abgewehrt, wobei die Navy vier Schnellboote und eine Fregatte versenkte sowie eine weitere Fregatte schwer beschädigte. »Praying Mantis« war das größte Seegefecht der US Navy seit dem Koreakrieg. Am 3. Juli 1988 schoss die USS »Vincennes« während eines Einsatzes irrtümlich einen iranischen Airbus mit 275 Passagieren ab. Operation »Earnest Will« endete einen Monat nach Kriegsende im September 1988. Mehr als 500 Angriffe auf Tanker mit bis zu 430 toten Seeleuten hatten bis dahin stattgefunden.

Christian Jentzsch

Ein Kind der Revolution

Die erste deutsche Marine von 1848

Am 14. Juni 2023 wird die Deutsche Marine den Aufbau der ersten gesamtdeutschen Seestreitkräfte vor 175 Jahren würdigen. 1848 wurde die erste deutsche Marine geschaffen, weshalb dieser Tag seit 1998 auch als Marinegeburtstag bezeichnet wird.

Von Christian Jentzsch

Im Frühjahr 1848 flammten demokratische Revolutionen in vielen Teilen Europas auf. Auf dem Gebiet des 1815 gegründeten Deutschen Bundes wurden sie zur Deutschen Revolution von 1848/49. Als Ergebnis trat am 18. Mai 1848 in der Frankfurter Paulskirche die frei gewählte Nationalversammlung zusammen, um eine gesamtdeutsche Verfassung zur Gründung eines deutschen Nationalstaats zu erarbeiten. Am 28. Juni richtete sie eine Provisorische Zentralgewalt ein, die als vorläufige deutsche Regierung angesehen werden kann.

In diesem Kontext beschloss die Nationalversammlung am 14. Juni mit überwältigender Mehrheit, dass die Bundesversammlung sechs Millionen Taler für die Errichtung einer deutschen Flotte bereitstellen sollte. Dieser Tag wird seit 1998 von der Deutschen Marine als Marinegeburtstag begangen. Aber warum rief die aus der Märzrevolution 1848 hervorgegangene Nationalversammlung als eine ihrer ersten Amtshandlungen zur Schaffung eines neuen Staates gerade Seestreitkräfte ins Leben?

Es waren vor allem drei Motive ausschlaggebend: 1. gab es mit dem Schles-

wig-Holsteinischen Krieg gegen Dänemark (1848–1851) einen politisch-militärischen Anlass, 2. einen wirtschaftlichen Aspekt und 3. sollte die Marine als ein Symbol der nationalen Einheit dienen. Eine politische Ursache war die eigenmächtige Eingliederung der dem Deutschen Bund angehörenden Herzogtümer Schleswig und Lauenburg in den dänischen Gesamtstaat durch König Christian VIII.

Krieg gegen Dänemark

In der Folge kam es zur Schleswig-Holsteinischen Erhebung und Ende März zum Krieg gegen Dänemark, an dem sich auch das X. Bundeskorps sowie Freiwillige aus ganz Deutschland beteiligten. Während preußische Truppen Jütland besetzten, war ein Übergang zu den dänischen Inseln und der Hauptstadt Kopenhagen nicht möglich, weil der Bund über keine eigenen Marinekräfte verfügte. Dänemark setzte seine Seeherrschaft zur Blockade der deutschen Nord- und Ostseehäfen von Emden bis Kolberg ein. Dem rohstoffarmen Deutschland schadete die Han-

delsblockade während der beginnenden Industrialisierung und die Folgen waren im gesamten Bundesgebiet spürbar. Diese Ohnmacht zur See ließ den Ruf nach einer deutschen Flotte selbst in Süddeutschland erschallen. Der Aufbau einer eigenen Marine war so zu einer dringenden militärischen Notwendigkeit geworden.

Außerdem gab es noch weitere, ökonomische Motive. Die Küstenländer erblickten in einer maritimen Rüstungsindustrie einen erheblichen wirtschaftlichen Vorteil und Fortschrittmotor. Überall im Bund gab es Stimmen, die einen kolonialen Anspruch propagierten, der eben nur mit Hilfe einer eigenen Flotte umgesetzt werden konnte. Aber wichtiger dürfte der Schutz des deutschen Handels gewesen sein. Schließlich gab es bis dahin keine Flagge, die





Geburtsort von Demokratie und Flotte: Eröffnung der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche am 18. Mai 1848. Unter den Farben Schwarz-Rot-Gold wurde eine Verfassung erarbeitet und die erste deutsche Marine begründet.

den Ansprüchen deutscher Reeder und Kapitänen von Handelsschiffen im Ausland Nachdruck verlieh, wenn ihre Rechte in Gefahr waren oder durchgesetzt werden mussten. Die Sicherung des Rechts auf See ist auch heute noch ein Hauptauftrag von Marinen.

Gleichzeitig projizierten viele Abgeordnete auf die Marine auch die Ideen der Revolution und der nationalen Einheit. Die Heereskontingente der einzelnen Bundesstaaten galten als reaktionär, denn sie hatten, wie etwa in Berlin, aktiv gegen die Revolution gekämpft. Weil es keine größeren Seestreitkräfte der Bundesstaaten gab, stellte die Marine eine wirkliche Errungenschaft der Revolution dar. Sie sollte somit auch die identitätsstiftenden Farben der Revolution in Form ihrer schwarz-rot-goldenen Flagge führen. Das verlieh ihr einen großen na-

tionalen Integrationsfaktor. Ausdruck dessen waren die vielen, spontan organisierten deutschlandweiten Sammlungen für den Flottenbau. Alle diese Gründe bargen Argumente, die über die Parteigrenzen hinweg für eine parlamentarisch legitimierte deutsche Marine sprachen.

Der Aufbau beginnt

Kurz nachdem die Nationalversammlung als eine ihrer ersten Maßnahmen am 18. Mai einen Marineausschuss geschaffen hatte, begannen die Küstenländer mit der organisatorischen Planung. Ab dem 30. Mai tagte ein Marinekongress aus Vertretern der Küstenstaaten und der Marinevereine in Hamburg. Für Preußen sollte der Vetter König Friedrich Wilhelms IV., Prinz Adalbert von



Flottenbegeisterter Prinz: Adalbert von Preußen vertrat Preußen sachkundig bei den Flottenfragen von 1848/49.



picture alliance/Klaus Nowotnick/Klaus Nowotnick

Erster deutscher Admiral: Der 1849 beförderte Sachse Karl Rudolf Bromme wurde Befehlshaber der gesamtdeutschen Flotte.

Preußen, ein Konzept für den Schutz der Ostseeküste erarbeiten. Der preußische Kriegsminister erweiterte den Auftrag auf eine deutsche Kriegsmarine – so die damalige Bezeichnung zur Abgrenzung von den Handelsflotten. Er erarbeitete ein Konzept mit drei Varianten, wobei unklar ist, ob sie als Alternativen für das Parlament oder als Abfolge zum Aufbau einer Seemacht dienen sollten. Er forderte: 1. eine Kriegsmarine zur rein defensiven Küstenverteidigung, 2. eine solche zur offensiven Verteidigung und zum Schutz des Handels und 3. eine selbständige Seemacht nach Vorbild der britischen Royal Navy. Der marinebegeisterte Adalbert arbeitete selbst aktiv an den ersten Vorschriften der Flotte mit. In der technischen Marinekommission trat besonders der Sachse Karl Rudolf Bromme hervor, der zu dieser Zeit auch die anglierte Version seines Namens Brommy führte. Als Binnenländer hatte er in der US-Handelsmarine erste nautische Erfahrungen gesammelt und in der griechischen Marine als Fregattenkapitän und Kommandant auch maritim-militärische Qualifikationen erworben.

Infolge der dänischen Blockade bemühte sich als erstes Hamburg um den

Ankauf und die Umrüstung von Schiffen. Der erste Bestand kam im August aus Spenden von Großseglern bis zu Ruderkanonenbooten zusammen. Schiffe wurden auch in den USA und Großbritannien erworben sowie in Auftrag gegeben. Österreich, Preußen und Schleswig-Holstein beteiligten sich mit ihren Flotten. Die Schiffe führten die am 31. Juli per Gesetz beschlossene und am 18. November 1848 eingeführte neue Flagge. Allerdings war diese, so wie die vorläufige Regierung auch, nur durch die Seemächte Frankreich und USA anerkannt worden. Russland, Großbritannien und Dänemark hielten sich zurück. London wies darauf hin, dass Schiffe unter schwarz-rot-goldener Flagge als Piraten angesehen würden. Deshalb flaggten viele Schiffe nach dem Scheitern der Revolution 1849 auch wieder auf ihre vorherigen Farben um. Der Versuch, US-Militärhilfe zu bekommen, scheiterte an der unklaren innenpolitischen Lage Anfang 1849 und dem neuerlichen Aufflammen des Krieges mit Dänemark. Die US-Vertreter in Deutschland rieten ihrer Regierung deshalb zur Zurückhaltung.

In der Zwischenzeit hatte die Nationalversammlung den Reichshandels- und Marineminister Arnold Duckwitz ernannt, der die erste Taufrede für ein neues Kanonenboot hielt. Die Marinekommission arbeitete bis zum 10. Februar 1849 und setzte eine Uniformordnung, eine Disziplinarordnung, die Dienstordnung an Bord (D.a.B.) und ein Artillerie-Exerzierreglement für die nunmehrige Reichsmarine beziehungsweise Reichsflotte in Kraft. Die drei ersten Vorschriften wirken in ihren Grundzügen bis zum heutigen Tag in der Deutschen Marine nach. Außerdem regte die Kommission an, dass die ersten beiden Konzepte von Prinz Adalberts Denkschrift umgesetzt werden sollten. Dieser war durch seinen König aber schon im Februar 1849 wieder abgezogen worden und kommandierte fortan die Preussische Marine. Ab März führte Bromme die Nordseeflotte und wurde am 3. April als Kapitän zur See zum Seezeugmeister ernannt, womit er auch die Landdienststellen leitete.

Die Flotte nahm nur an wenigen Kampfhandlungen teil. Die bekannteste war das Seegefecht vor Helgoland vom 4. Juni 1849. Der Raddampfer »Hamburg« unter der Flagge Schwarz-Rot-Gold und dem Reichsadler verfolgte die dänische Fregatte »Valkyrien«, die sich dem Enterversuch durch Rückzug in den Schutz der britischen Festung Helgoland entzog.

Ergebnislose Gefechte

Das einzige Seegefecht eines deutschen Kriegsschiffs unter der schwarz-rot-goldenen Flagge gegen ein feindliches Kriegsschiff endete unentschieden. Als Teil der Reichsflotte kämpfte der Radavisio (ein leichtes kleines Kriegsschiff) »Preußischer Adler« unter preußischer Flagge am 27. Juni vor Brusterort (beim heutigen Kaliningrad) gegen die dänische Brigg »St. Croix« ergebnislos in einem Artillerieduell. Obwohl das Gefecht Teil des Bundeskriegs gegen Dänemark war, galt es später als erstes Gefecht der Preussischen Marine. Daneben gab es noch mehrere erfolglose Begegnungen mit dänischen Schiffen ohne Gefechtshandlungen. Der größte maritime Sieg gegen drei dänische Schiffe am 5. April 1849 gelang ohne Zutun der Reichsflotte in der Eckernförder Bucht durch Küstenartillerie.

Nach der Auflösung der Frankfurter Nationalversammlung im Mai 1849 bestand die Flotte weiter. Erster deutscher Admiral wurde auf Weisung des neuen Reichsverwesers am 18. November 1849 der zum Konteradmiral beförderte Bromme. Dabei handelte es sich um den damals niedrigsten Admiralsdienstgrad. Ende 1849 besaß die Flotte einen Umfang von neun Dampfschiffen, zwei Großseglern und 27 Ruderkanonenbooten, wovon ein großer Teil auf der Unterweser bei Brake lag. Die Besatzungen waren noch nicht vollständig vorhanden und der größte Mangel herrschte bei den Offizieren. Weil die Ausbildung zum Seeoffizier und Kommandanten Jahre bis Jahrzehnte dauerte, warb man Ausländer an. Im Sommer 1850 besaß die Flotte einen Umfang von etwa 1000 Mann.



wikipedia/Reichsflotte_vor_Bremerhaven.jpg

Seefahrerromantik: Schiffe der Reichsflotte liegen unter den Farben Schwarz-Rot-Gold 1850 vor Bremerhaven. In der Zeit des technischen Umbruchs sind Hybridantriebe mit Schaufelrad-Dampfantrieb und Segeln zu sehen.

Preußen und Österreich hatten zwar kein Interesse an einer Flotte des Bundes, die nun auch Bundesflotte genannt wurde, lösten sie aber auch nicht auf. Deshalb wehten die revolutionären Farben weiterhin in den Toppen der Schiffe. Preußen und Österreich hatten ihre Schiffe aber wieder abgezogen. Nach den Dresdner Konferenzen von 1850/51 wurde der Deutsche Bund wiederhergestellt und es blieb die Frage nach dem Verbleib der Flotte. Keiner der Bundesstaaten wollte ihre Kosten tragen und Preußen und Österreich besaßen schließlich eigene Marinen. Um die Gläubiger der Flotte auszuzahlen, beschloss man am 2. April 1852, die Flotte aufzulösen und die Schiffe zu versteigern. Das Flaggschiff »Barbarossa« und die vor Eckernförde erbeutete »Gefion« gingen am 10. April an die Marine Preußens über. Der Rest der Schiffe wurde im Oldenburgischen bis März 1853 zum Nennwert versteigert.

Bis dahin blieb die Disziplin auf einem hohen Niveau; ein Verdienst, das Bromme zuzuschreiben ist. Seinen letzten Befehl zur Außerdienststellung aller Landdienststellen und zur Entlassung des Personals gab der Konteradmiral am

31. März 1853. Der erste gesamtdeutsche Admiral erhielt seinen eigenen Abschied am 30. Juni des Jahres. Bis Herbst war das letzte Material in Bundesfestungen und Depots überführt und das Kapitel der ersten gesamtdeutschen Marine war abgeschlossen.

Vermächtnis von 1848

Was blieb von ihr? Bis auf Erinnerungstücke nichts. Die monarchisch geprägten Marinen Preußens, Österreichs, des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Kaiserreichs knüpften bewusst nicht an das ungeliebte Kind der Revolution an. Das unterschied sie nicht von ihren Nachfolgern inklusive der Volksmarine. Letztere legitimierte ihre Tradition mit der in der Hochseeflotte beginnenden Revolution von 1918. Erst die Bundesmarine besann sich auf die gemeinsamen Wurzeln als parlamentarisch legitimierte deutsche Marine unter schwarz-rot-goldener Flagge. Seit 1998 begeht sie daher am 14. Juni mit einem Tagesbefehl des Inspektors der Marine regelmäßig ihren Geburtstag. Sie tut dies mit Stolz im Sinne des Traditionsverständnisses der Bundeswehr:

wertebezogen und demokratisch motiviert mit der Anlehnung an militärische Tugenden wie Tapferkeit und Disziplin. Aber aus historischer Perspektive gibt es keine Kontinuität, denn die Nachfolger der ersten Reichsflotte grenzten sich ausdrücklich von ihr ab. Geburtstag ist der 14. Juni 1848 und es gibt mit dem 31. März 1853 auch ein Todesdatum. Die Reichsflotte von 1848 und die Deutsche Marine sind viel mehr Geschwister im Geiste, geboren von der Mutter der »Parlamentarischen Demokratie« im selben schwarz-rot-goldenen Gewande. Daher sollte die Deutsche Marine weiterhin an diesen Tag erinnern – wohl wissend, dass der 14. Juni ein Marinegeburtstag ist, aber nicht jener der heutigen Marine.

Fregattenkapitän Dr. Christian Jentzsch ist Historiker und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich »Einsatz« am ZMSBw. Er forscht im Schwerpunkt zu Themen der Marinegeschichte.

Literaturtipp

Guntram Schulze-Wegener, Deutschland zur See. Illustrierte Marinegeschichte von den Anfängen bis heute, 2. Aufl., Hamburg 2011.

Bücher



Familien im Nachkrieg

Der Titel »Unsere Nachkriegseltern« kann für die heutige junge Leserschaft als »Unsere Groß- beziehungsweise Urgroßeltern« übersetzt werden. Es geht um die wichtige Frage, wie sie »uns«, also die geburtenstarken Jahrgänge oder Baby-Boomer bis heute prägen.

Die Autorin, Miriam Gebhardt, Jahrgang 1962, hat neben ihrer eigenen Familiengeschichte vor allen Dingen mit Beispielen aus dem Deutschen Tagebuch-Archiv gearbeitet. Sie schreibt ein wichtiges Kapitel deutscher Mentalitäts- und Alltagsgeschichte in Ost und West: Krieg, Nachkrieg, Kalter Krieg, Soldatentum und Männlichkeits- beziehungsweise Weiblichkeitsbilder. Sie verbindet gekonnt mehrere Perspektiven und stellt sieben Themen vor: Schwierige Suche nach Verankerung, Gefühle im Kühlschrank, die Kinderfrage, Sex und Liebe, Frauen im doppelten Einsatz, Soldat – Familienoberhaupt – Liebhaber (Wann ist ein Mann ein Mann?) und Generationengeschichte. Ein wichtiges und lesenswertes Buch!

Harald Potempa

Miriam Gebhardt, *Unsere Nachkriegseltern. Wie die Erfahrungen unserer Väter und Mütter uns bis heute prägen*, München 2022. ISBN 978-3-421-04818-9, 283 S., 24,00 Euro



Pogrome in Europa

»Die Tatsache, dass [...] 6 Millionen Juden [...] ausgerottet werden sollen [...] steht gegenwärtig als zentrale Angelegenheit vor der ganzen Welt«. Statt auf 1942 datiert dieses New-York-Times-Zitat auf das Jahr 1919: Den über 1000 Pogromen auf dem Gebiet der heutigen Ukraine fielen damals circa 100 000 Juden zum Opfer; ungefähr 600 000 flüchteten in die Diaspora, etwa nach Berlin. Jeffrey Veidlinger (Uni Michigan) beleuchtet die Zeit von 1918 bis 1921, welche bisher im langen Schatten der Schoah stand. Anders als die inakurate Übersetzung des Untertitels suggeriert, bildeten diese Pogrome seiner zentralen These zufolge nicht nur die vergessene Vorgeschichte, sondern durch das Schaffen der spezifischen Voraussetzungen vielmehr den genozidalen Beginn des Holocaust. Als Täter, die zumeist Schuldige für die eigene missliche Lage suchten, benennt Veidlinger sämtliche Beteiligte: Bolschewiki, Nationalisten, Ukrainer, Russen, Polen, Bauern, Städter sowie Soldaten.

Andreas Eichner

Jeffrey Veidlinger, *Mitten im zivilisierten Europa. Die Pogrome von 1918 bis 1921 und die Vorgeschichte des Holocaust*, München 2022. ISBN 978-3-406-79108-6, 456 S., 34,00 EUR



Die Flamme der Freiheit

Jörg Bong kann erzählen. In seinem Buch nimmt er seine Leser mit in das europäische Revolutionsjahr 1848, mitten hinein in die Berliner Barrikadenkämpfe und die Schlachten der Deutschen Demokratischen Legion in Süddeutschland. Bong hat keine historische Fachpublikation verfasst, sondern ein kenntnisreiches Sachbuch, das den ersten Versuch der Deutschen, demokratisch zu werden, lebendig werden lässt. Im Zentrum der Erzählung stehen die Auseinandersetzungen zwischen Demokraten und Liberalen und die oft vergessenen Männer und Frauen, die für Demokratie und Freiheit kämpften: Friedrich Hecker, Gustav Struve, Georg und Emma Herwegh sowie viele andere. Ihnen, »den frühen Demokratinnen und Demokraten von 1848/1849«, ist der erste Band der Trilogie gewidmet. Das Buch ist eine überfällige Darstellung passend zum 175. Jahrestag der Revolution und ein Aufruf, sich wachsam und wehrhaft den Feinden der Demokratie gegenüber zu zeigen. Auf die weiteren Bände darf man gespannt sein.

Esther Geiger

Jörg Bong, *Die Flamme der Freiheit. Die deutsche Revolution 1848/1849*, Köln 2022. ISBN 978-3-462-00313-0, 560 S., 29,00 Euro



Krisenjahr 1923

Es war ein Jahr der Bewährung für die junge Weimarer Republik: 1923. In seinem Werk untersucht Volker Ullrich die existenziellen Herausforderungen, denen sich Deutschland gegenüber sah: Ruhrbesatzung, Hyperinflation, separatistische Bestrebungen, die Gefahr von Staatsstreich und Bürgerkrieg. Die Reichswehr spielte hierbei eine große Rolle. Am Jahresende wurde sie gegen einen befürchteten kommunistischen Aufstand eingesetzt. Als Hitler am 9. November zum »Marsch auf Berlin« aufrief, wurde der militärische Ausnahmezustand verhängt. Erst nach der relativen Stabilisierung der Republik gab der Chef der Heeresleitung Hans von Seeckt die an ihn übertragenen Vollmachten wieder ab.

Durch den Rückgriff auf Tagebücher und private Briefe lässt der Verfasser zahlreiche Zeitzeugen zu Wort kommen, die den Darstellungen immer wieder eine persönliche Note geben. Interessant ist ferner die Beobachtung, wie sich die Krisen auch produktiv auf das Kulturleben Weimars auswirkten. Ein lesenswerter Gesamtüberblick!

Dennis Werberg

Volker Ullrich, Deutschland 1923. Das Jahr am Abgrund, 3. Aufl., München 2023. ISBN 978-3-406-79103-1, 300 S., 28,00 Euro



Bombenangriff 1943

Warum ist ein Buch über den Bombenangriff auf Düsseldorf im Jahre 1943 auch für die Leserschaft anderer Städte wichtig?

Weil es mustergültig klarmacht, dass zur Analyse einer Bombennacht mehr gehört als nur britische Bomberrouen, Ziele und Trefferquoten. Sie werden natürlich behandelt, aber um die deutsche Nachtjagd und die Flak ergänzt, bei der Minderjährige als Helfer im Einsatz waren. Auch das durch Zeitzeugenberichte angereicherte Kapitel über das Leid der Zivilbevölkerung nebst konkreten Opferzahlen und Fragen zur Leichenidentifizierung lässt keine Gruppe aus: Wehrmacht, Feuerwehr, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene. Hinzu kommen die Abschnitte zur Trauerkultur, zur Hilfe für die nun obdachlos gewordenen Menschen inklusive Umquartierungen in andere Gebiete, die Schadensbeseitigung, die Urteile gegen »Plünderer« und die Fluchtrouten für abgesprungene oder notgelandete alliierte Besatzungen nebst deren Helfern.

Ein beeindruckendes Buch!

Harald Potempa

Marcel Lesaar, Pfungstangriff auf Düsseldorf. Die Bombennacht im Juni 1943, Norderstedt 2022. ISBN 978-3-7568-4112-7, 322 S., 26,00 Euro



Der Knaller vom Neckar

Paul und Wilhelm Mauser gründeten in Oberndorf am Neckar im Dezember 1872 eine Gewehrfabrik, die Weltruhm erlangte. Ihr bekanntestes Produkt ist das Gewehr 98 und dessen Karabinerversion 98k, die noch heute beim Wachbataillon der Bundeswehr in Gebrauch ist. Die wenigsten aber wissen, dass das Unternehmen später mehrheitlich der Ludwig Loewe & Co. aus Berlin gehörte. Diese gründete die Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken AG (DWM). Mausers Waffen wurden daraufhin in allen Unternehmen des Konsortiums gefertigt. Heidi Zogbaum beschreibt nicht nur die Gründung der Firma Mauser, sondern auch die Mechanismen des einträglichen internationalen Waffengeschäfts in der Ära vor dem Ersten Weltkrieg. Mauser ist in vielen Ländern noch immer das Synonym für Qualitätsgewehre schlechthin. Die Autorin zeigt detailliert auf, wie weltweit Verträge geschlossen und mithilfe aktiver und ehemaliger preußischer Offiziere sowie deutscher Banken angebahnt wurden.

Christian Jentsch

Heidi Zogbaum, Diesen Schuss der ganzen Welt. Der Aufstieg der Waffenfabrik Mauser und die kaiserliche Weltpolitik bis 1914, Darmstadt 2022. ISBN 978-3-5344-0617-3, 237 S., 56,00 Euro

Medien

Krisenjahr 1923



#krisenjahr1923, Twitter-Projekt, online

Obwohl der Online-Dienst Twitter seit der Übernahme durch Elon Musk zuletzt vor allem negativ in die Schlagzeilen geriet, ist er eine Plattform, die weiterhin auch Raum für fundierte inhaltliche Angebote bietet. Es gab dort bereits mehrere Projekte, die sich mit geschichtlichen Themen befassten, so etwa zur Hamburger Sturmflut von 1962 (#HHFlut).

Zu Beginn dieses Jahres hat der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung Peter Tauber bei Twitter nun ein Projekt zum Krisenjahr 1923 gestartet. In täglichen Tweets berichtet der promovierte Historiker, was sich am jeweiligen Tag vor genau 100 Jahren in Deutschland ereignet hat. Dabei geht es sowohl um die großen Themen, die das Jahr 1923 prägten, wie etwa die politischen Unruhen in der Weimarer Republik, als auch um die alltäglichen Ereignisse im Leben der Menschen. Als Basis für die Inhalte dienen ihm unter anderem Schlagzeilen aus Zeitungsartikeln, Fotos oder Tagebucheinträge wie beispielsweise von Käthe Kollwitz.

Tauber erkennt durchaus Parallelen zwischen der Situation 1923 und aktuellen krisenhaften Entwicklungen. Wenn es in einem Tweet darum geht, dass die Leuchtreklamen in Berlin aufgrund von Energieknappheit im Januar 1923 abgeschaltet werden sollten, kommt einem dies nur allzu bekannt vor. Aber das Projekt stellt auch die fortschrittlichen Entwicklungen jener Zeit heraus. Am 8. Januar 1923 berichtete das Berliner Tageblatt etwa darüber, dass erstmals Frauen als Schöffen und Geschworene

vor Gericht eingesetzt wurden. Das Projekt, so Tauber, soll auf diese Weise auch bewusst machen, dass die Welt eben selten schwarz und weiß, sondern vielmehr von zahlreichen Grautönen geprägt ist.

Cornelia Juliane Grosse

Babylon Berlin

WOW/ARD, 2022/23, 12 Folgen à 45 min., FSK 12. Verfügbar als Video On Demand und demnächst in der ARD (Free-TV und Mediathek).

Berlin im Jahr 1929: Die goldenen Zwanziger neigen sich ihrem Ende zu, politische Extreme wachsen von den Rändern in die Mitte der Gesellschaft hinein und Kriminalität findet am hellichten Tage statt. In diese Szenerie entführt seit 2017 die Fernsehserie »Babylon Berlin« in bisher vier Staffeln, die im Programm von ARD und Sky/WOW laufen. Sie basieren auf den Kriminalromanen Volker Kutschers und sind im Berlin der späten Weimarer Republik angesiedelt. Kutscher verwebt in seinem Roman geschickt Fiktion mit historischen Fakten und ebenso die Verfilmung.

Der Zuschauer folgt den beiden Hauptfiguren Kommissar Gereon Rath und Charlotte »Lotte« Ritter bei ihren Ermittlungsarbeiten ins kriminelle Berliner Milieu. Dabei ist Rath gezeichnet durch seine Kriegserfahrungen. Sein Kriegszittern und die damit verbundene Drogenabhängigkeit würden wir heute als posttraumatisches Belastungssyndrom bezeichnen. Charlotte Ritter stand nur der Beruf der Stenotypistin in der Polizei offen, aber als emanzipierte Frau ermittelt sie selbst mit. Die beiden kommen nicht nur mit Drogen, Gewalt und Mord in Kontakt, sondern werden auch zusehends in den Strudel des immer stärker werdenden politischen Extremismus gezogen. Dieser äußert sich in der offenen Gewalt von linken Trotzlisten, Stalinisten und rechten Nationalsozialisten sowie der sogenannten Schwarzen Reichwehr.

Geschicht wird pro Staffel eine spannende Kriminalgeschichte erzählt, die immer wieder die unterschiedlichen politischen Extreme darstellt und die Genese der Gewalteskalation in den turbulenten letzten Jahren der Weimarer Republik vermittelt. In der aktuell vierten Staffel ermittelt Rath 1931 Undercover im NS-Milieu.

Christian Jentzsch

Die Regisseure Hendrik Handloegten (l.), Tom Tykwer (2.v.r.) und Achim von Borries (r.) mit den Hauptdarstellern Volker Bruch (2.v.l.) und Liv Lisa Fries (m.) bei der Premiere der 4. Staffel der Fernsehserie »Babylon Berlin« im Filmopalast, Berlin, 20. September 2022.



Ausstellungen

Berlin

**Roads Not Taken.
Oder: Es hätte auch
anders kommen können**

Deutsches Historisches
Museum

Pei-Bau

Hinter dem Gießhaus 3
10117 Berlin

Tel.: 0 30 / 20 30 47 50
www.dhm.de

Bis 24. November 2024
Täglich

10.00 bis 18.00 Uhr
Donnerstag

10.00 bis 20.00 Uhr
Eintritt: 8,00 Euro

Ermäßigt: 4,00 Euro
Eintritt bis 18 Jahre frei

Sammlung Peter Janssen

Samurai Museum

Auguststraße 68

10117 Berlin

Tel.: 0 30 / 629 756 35

www.samuraimuseum.de

Dauerausstellung

Täglich

11.00 bis 19.00 Uhr

Eintritt: 12,00 Euro

Ermäßigt: 8,00 Euro



Essen

**Hände weg vom Ruhrge-
biet! Die Ruhrbesetzung
1923-1925**

Ruhr Museum

Zollverein
Gelsenkirchener Straße 181

45309 Essen
Tel.: 02 01 / 24 68 14 44

www.ruhrmuseum.de

Bis 27. August 2023

Dienstag bis Sonntag

10.00 bis 18.00 Uhr

Eintritt: 5,00 Euro

Ermäßigt: 4,00 Euro

Frankfurt am Main

**Auf die Barrikaden!
Paulskirchenparlament
und Revolution 1848/49
in Frankfurt**

Institut für Stadtgeschichte
Karmeliterkloster

Münzgasse 9

60311 Frankfurt

Tel.: 0 69 / 21 23 84 25

www.stadtgeschichte-ffm.de

Bis 18. September 2023

Täglich

10.00 bis 18.00 Uhr

Mittwoch

10.00 bis 20.00 Uhr

Eintritt frei

Königstein

**In lapide regis
Auf dem Stein des Königs.
800 Jahre Leben auf der
Festung Königstein**

01824 Königstein

Tel.: 03 50 21 / 64 60 7

www.festung-koenigstein.de

April bis Oktober

Täglich

9.00 bis 18.00 Uhr

Eintritt: 15,00 Euro

Ermäßigt: 12,00 Euro

Nürnberg

**Rechtsterrorismus
Verschwörung und
Selbstermächtigung
1945 bis heute**

Memorium Nürnberger

Prozesse

Cube 600

Fürther Straße 104

90429 Nürnberg

Tel.: 09 11 / 23 12 86 14

www.museen.nuernberg.de

Bis 1. Oktober 2023

Mittwoch bis Montag

10.00 bis 18.00 Uhr

Eintritt frei



Wilhelmshaven

**Marinegeschichte von 1848
bis heute**

Deutsches Marinemuseum

Südstrand 125

26382 Wilhelmshaven

Tel.: 04 421 / 40 08 40

www.marinemuseum.de

Dauerausstellung

1. April bis 31. Oktober

Täglich

10.00 bis 18.00 Uhr

Eintritt: 14,00 Euro

Ermäßigt: 8,00 Euro

Soldatinnen und Soldaten:

Eintritt frei



Installationsansicht Samurai Museum Berlin, 2022.

Der besondere Tipp

Roads not Taken. Oder: Es hätte auch anders kommen können

Was wäre gewesen, wenn die revolutionäre Bewegung von 1848 erfolgreich gewesen oder das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 geglückt wäre? Diesen Fragen widmet sich eine Ausstellung im Deutschen Historischen Museum (DHM) bis zum 24. November 2024 in Berlin. Anhand von 14 Zäsuren der deutschen Geschichte demonstriert die Ausstellung, dass es immer auch anders hätte kommen können. Sie beginnt mit der friedlichen Revolution 1989 in der DDR und endet 1848. Die Ausstellungsidee stammt vom deutsch-israelischen Historiker Dan Diner. Dieser will keine fiktive Geschichte erzählen, sondern mit Blick auf reale Möglichkeiten die Besucherinnen und Besucher für die grundsätzliche Offenheit von Geschichte sensibilisieren und so das tatsächlich eingetretene Ereignis noch schärfer herausstellen.

Die Ausstellung zeigt eindrücklich, dass das, was vom Ende der Geschichte her betrachtet als »alternativlos« und gradlinig erscheint, nicht zwingend so hätte eintreten müssen. Konsequenterweise werden 14 Schlüsselmomente anhand klug ausgewählter Exponate rückwärts im Zickzackkurs vorgestellt. Dies ermöglicht wechselnde Perspektiven. Direkt im

ersten Raum fällt der Blick auf zwei ikonografisch gewordene Fotos: feiernde Menschen am 10. November 1989 auf der Berliner Mauer und das berühmte Bild des *Tank Man*, der sich am 5. Juni 1989 in Peking vor anfährende Panzer stellte. Der friedlichen Revolution steht die brutale Niederschlagung der Studentenproteste in China gegenüber, die die DDR-Regierung gebilligt hatte. Woran lag es, dass es in der DDR nicht zu einer »chinesischen Lösung« kam? Was wäre gewesen, wenn einige Jahre früher die Berlin-Krise eine atomare Katastrophe ausgelöst hätte oder es statt in Korea in Deutschland zum Krieg zwischen Ost und West gekommen wäre? Das DHM präsentiert in diesem Zusammenhang auch eine vom ZMSBw angefertigte Karte, die anschaulich die Verteidigungsplanungen der USA aus dem Jahr 1949/50 zeigt.

Die Ausstellung ist multimedial und barrierefrei aufgebaut. Die Gamestation »1989 – Auf den Straßen von Leipzig« lädt in einer interaktiven *Graphic Novel* dazu ein, die friedlichen Proteste vom 9. Oktober 1989 zu erleben und durch eigene Entscheidungen zu beeinflussen. Das Spiel ist auch online verfügbar: www.dhm.de/herbst89. Das Begleitbuch zur Ausstellung erscheint im April 2023.

Esther Geiger



ZMSBw/Adam

Prominent vertreten: Die Ausstellung zeigt auch eine Karte aus der kartografischen Werkstatt des ZMSBw.



DHM/David von Becker

Gamestation »1989 – Auf den Straßen von Leipzig«.

Impressum

Herausgegeben vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr durch Oberst Dr. Sven Lange und Oberst Dr. Uwe Hartmann (V.i.S.d.P.)

Chefredakteurin:
Cornelia Juliane Grosse M.A.

Verantwortlich für die akt. Ausgabe:
Fregattenkapitän Dr. Christian Jentzsch

Redaktion:
Hauptmann Andreas Eichner M.A.
Oberstleutnant Chris Helmecke M.A.
Fregattenkapitän Dr. Christian Jentzsch
Oberstleutnant Dr. Harald Potempa
Oberstleutnant Dr. Klaus Storkmann
Major Dr. Dennis Werberg

Leiter Fachbereich Publikationen:
Dr. Christian Adam
Bildredaktion: Esther Geiger
Redaktionsassistentin: Cindy Dahlke
Lektorat: Björn Mielbrandt
Layout: Carola Klinke

Anschrift der Redaktion:
Redaktion »Militärgeschichte«
ZMSBw
Postfach 60 11 22, 14411 Potsdam
E-Mail: ZMSBwRedaktionMilGeschichte@bundeswehr.org
Homepage: www.zms.bundeswehr.de

© Titelbild: picture alliance/ullstein bild/
Heinrich Hoffmann

Manuskripte für die **Militärgeschichte** werden an obige Anschrift erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird nicht gehaftet. Die Redaktion behält sich Änderungen von Beiträgen vor. Die Wiedergabe in Druckwerken oder Neuen Medien, auch auszugsweise, anderweitige Vervielfältigung sowie Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung erlaubt. Die Redaktion übernimmt keine Verantwortung für die Inhalte von in dieser Zeitschrift genannten Webseiten und deren Unterseiten.

Für das Jahresabonnement gilt aktuell ein Preis von 15,00 Euro inklusive Versandkosten (innerhalb Deutschlands). Die Hefte erscheinen in der Regel jeweils zum Beginn eines Quartals. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Wochen zum Ende des Bezugszeitraumes.

Ihre Bestellung richten Sie bitte an:
ZMSBw
z.Hd. Frau Christine Mauersberger
Postfach 60 11 22, 14471 Potsdam
Tel.: 0331/9714 599, Fax: 0331/9714 507
E-Mail: ChristineMauersberger@bundeswehr.org

© 2023 für alle Beiträge beim ZMSBw

Druck: Druckhaus Plagge GmbH
An der Feuerwache 7, 49716 Meppen
E-Mail: info@druckhaus-plagge.de

ISSN 0940-4163

Regionale Ausstellung Landeskommando Niedersachsen

Kurt-Schumacher-Kaserne Hannover



Prinzler/Bundeswehr

die Heimatschutzkräfte in Niedersachsen und steuert die Reservistenarbeit gemeinsam mit der Landesgruppe des Verbandes der Reservisten (VdRBw). An unterschiedlichen Stationen wird anschaulich vermittelt, was ein heutiges »Lagezentrum« ist, welche Ausrüstung gebraucht wird oder welche Karrierewege man in der Bundeswehr gehen kann – ob als Soldat, Reservist oder ziviler Mitarbeiter.

Das Landeskommando Niedersachsen verantwortet als erster Ansprechpartner der Landesregierung die zivil-militärische Zusammenarbeit des Bundeslandes, im Grundbetrieb wie im Einsatz. Das Miteinander von Bundeswehr und Gesellschaft steht im Mittelpunkt der Ausstellung, die 2022 unter dem Motto »WIR.VERBINDEN.NIEDERSACHSEN« eröffnet wurde. Gäste können mit der obersten territorialen Bundeswehrdienststelle des Landes in den Dialog treten. Ob bei der Corona-Hilfe oder beim Hochwasserschutz: Das Landeskommando koordiniert schnelles Handeln im Katastrophenfall, führt



Prinzler/Bundeswehr



Prinzler/Bundeswehr



Kurt-Schumacher-Kaserne
Hans-Böckler-Allee 18
30173 Hannover
Tel.: 0511/284 – 1831/1836
LKdoNIRA@bundeswehr.org

Publikationen des ZMSBw



Klaus Schroeder
Fremdsichten von Bundeswehr und Nationaler Volksarmee im Vergleich 1955/56–1989

Berlin: Ch. Links Verlag 2022 (= Deutsche Militärgeschichte, 5),
555 Seiten, 50,00 Euro,
ISBN 978-3-96289-179-4

Niklas van Alst
Geostrategische Kulturen und die Konstruktion des Cyberraumes.
Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag
2022 (= Sozialwissenschaftliche Studien des ZMSBw, 25),
450 Seiten, 51,00 Euro,
ISBN 978-3-8305-5502-5;
E-Book ISBN 978-3-8305-5503-2



ZUGEHÖRT! Der Podcast des ZMSBw



Able Archer 1983: Die Welt am Rande des Atomkrieges?

In vier Podcast-Folgen hat sich »Zugehört!« mit Krisen des Kalten Krieges beschäftigt. Nach der Suez-Krise von 1956, der Kuba-Krise 1962 als Höhe- und Wendepunkt des Kalten Krieges und dem Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR 1968, einer internen Unterdrückung von blockinterner Opposition, geht es in der letzten Folge um das NATO-Manöver »Able Archer« und das Krisenjahr 1983.